

SEIT
1946

11/2019

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR



5,- Euro P.b.b. Abs.: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT, Kaiserbräuerstrasse 30/5/3, 1110 Wien, MZ 142040222 M, Nr. 11/2019

100 BESTE PLAKATE 18. DEUTSCH- LAND ÖSTERREICH SCHWEIZ

(MAK)

Der Brexit-Schock
Ludwig Dvořák

„Die Bewegung ist größer als
Corbyn“
Patricia Huber

Aufbruch für Deutschland und
Europa
Borbert Walter-Borjans und Saskia
Esken

Die blinden Flecken der
CO₂-Steuer
Dominik Bernhofer

EDITORIAL

Die Größe der Herausforderung, vor der die SPÖ derzeit steht, kann man am besten daran erkennen, dass ihr auch die schwersten Skandale ihrer politischen Mitbewerber kaum helfen. Während die FPÖ in einer selbstzerstörerischen Stra- che-Dauerkrise steckt, hätte die Casinos-Affäre auch für die ÖVP ein hohes Gefahrenpotenzial. Mit der Entscheidung, am Tag der Casinos-Sondersitzung mit der Ankündigung von personellen Einschnitten in der Parteizentrale an die Öffentlichkeit zu gehen – und erst nachträglich die Parteigremien zu informieren und individuelle Lösungen für alle Betroffenen zu suchen – wurde ein vermeidbarer Akt der Selbst- beschädigung gesetzt. Dabei stehen die größten politischen und innerorganisatorischen Herausforderungen noch bevor. Von LH Doskozil abwärts zeigten sich viele SPÖ-PolitikerInnen schwer verärgert über die Gagenhöhe und die Details der Vertragsauflösung des SPÖ-nahen früheren Casinos-Vor- stands Dietmar Hoscher. Die SPÖ wird ihre Gegnerschaft zu einer Wirtschaft, in der es für Spitzenbezüge keine Grenzen gibt, während Reallöhne stagnieren, nicht nur plakieren, sondern auch leben müssen. Nur dann wird sie die Glaub- würdigkeit gewinnen, die es braucht, um ihre Hand in Hand gehende programmatische und organisatorische Erneuerung mit Leben zu erfüllen und glaubwürdig zu machen.

Wie mühsam und beschwerlich es sein kann, über Jahr- zehnte verlorengegangenes Vertrauen wieder zu gewinnen, hat die britische **Labour Party** gerade erst bei den briti- schen Unterhauswahlen erfahren. Unter den Ausnahmebe- dingungen des Brexit hat die Partei zahlreiche traditionel- le Labour-Sitze im kleinstädtischen Raum an Boris Johnsons Konservative verloren. **Ludwig Dvořák** liefert eine erste **Nachwahlanalyse**.

Noch vor dem Wahltag war die Chefredakteurin des Online-Magazins Kontrast **Patricia Huber** zwei Wochen in London, um **Labour im Wahlkampf** zu unterstützen. Im **Interview** mit der ZUKUNFT schildert sie die beeindru-

ckende Offenheit der Kampagne und deutet gleichzeitig die in der Kampagne spürbare **tiefe Spaltung der britischen Gesellschaft** an, die sich auch im Wahlergebnis niederge- schlagen hat.

Als Beitrag zur Programm-Debatte präsentieren wir in dieser Ausgabe der ZUKUNFT auch Labours Programm für eine „**Grüne industrielle Revolution**“. Anders als im deutschsprachigen Raum standen dabei weniger steuerliche Konsumanreize wie die CO₂-Steuer und stärker **Investitio- nen** in einen **Umbau der Wirtschaft** für eine CO₂-neut- rale Zukunft im Zentrum. Und obwohl sich Labour nach wie vor nicht von der Nuklearenergie trennen kann oder will, erhielt Labours Wahlprogramm eine bessere klimapoliti- sche Bewertung durch die NGO „Friends of the Earth“ als die Green Party.

Anknüpfend an die klimapolitische Debattenreihe in der ZUKUNFT argumentiert **Dominik Bernhofer** in sei- nem Beitrag, warum er an der **Sinnhaftigkeit einer all- gemeinen CO₂-Steuer** zweifelt, und durch entsprechende öffentliche Investitionen die klimapolitischen Vorteile teil- weise sogar besser und ohne die drohenden sozialpolitischen Nachteile verwirklicht sieht.

Den Abschluss dieser Ausgabe bildet das **Fortschritts- programm**, in dem die neuen SPD-Vorsitzenden **Nor- bert Walter-Borjans und Saskia Esken** ihre Überlegun- gen für eine andere Arbeits-, Sozial- und Umweltpolitik für Deutschland und Europa darstellen.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt

6 Der Brexit-Schock
VON LUDWIG DVOŘÁK

14 „Die Bewegung ist größer als Corbyn“
VON PATRICIA HUBER

SCHWERPUNKT:
Klimaschutz: Zwischen Green New Deal und CO2-Steuer

20 Die Grüne Industrielle Revolution

26 Die blinden Flecken der CO2-Steuer
VON DOMINIK BERNHOFER

34 Aufbruch für Deutschland und Europa
VON NORBERT WALTER-BORJANS UND SASKIA ESKEN



100 BESTE PLAKATE 18. DEUTSCHLAND ÖSTERREICH SCHWEIZ

Eine Kooperation des MAK und des Vereins 100 Beste Plakate e. V.

**Ausstellungsort MAK-Kunstblättersaal
MAK, Stubenring 5, 1010 Wien**

Ausstellungsdauer 6. November 2019 – 1. März 2020

Öffnungszeiten Di 10:00–22:00 Uhr, Mi–So 10:00–18:00 Uhr

ATELIER: RAFFINERIE AG FÜR GESTALTUNG
REICHTUM, GLÜCK UND LANGES LEBEN –
DRUCKE ZUM CHINESISCHEN NEUJAHR
AUFTRAGGEBER: MUSEUM RIETBERG
DRUCK SERIGRAPHIE ULDRY AG
DRUCKTECHNIK: SIEBDRUCK
SCHWEIZ

© RAFFINERIE AG FÜR GESTALTUNG/100 BESTE PLAKATE E. V.

Der Brexit-Schock

Im zweiten Anlauf ist den Tories ge glückt, woran sie 2017 gescheitert waren: Auf der Brexit-Welle reitend, haben sie eine klare Mehrheit im Unterhaus gewonnen. Die Ursachen für Labours Niederlage sind vielschichtiger, als sie auf den ersten Blick wirken. Sie bedürfen ernsthafter Diskussion, statt Trotz oder wütendem Revanchismus. **Ludwig Dvořák** mit einer ersten Einschätzung des britischen Wahlergebnisses.

Nach der verpatzten Premiere wurde das Polit-Drama namens Brexit für die Konservativen doch noch zum Erfolg. Ende April 2017 hatte Theresa May das britische Volk für Anfang Juni an die Urnen gerufen, um eine klare Mehrheit zur Umsetzung des Brexit zu erzielen. „Crush the Saboteurs“ hatten die ihr nahestehenden Medien geschlagzeilt und die Ausgangsbedingungen schienen glänzend: Gute Umfragewerte für die Tories, die Dauer-Opposition der Labour-Parlamentsfraktion gegen ihren Parteichef und dessen schlechte Umfragewerte ließen eine Rekordmehrheit in Griffweite scheinen. Mit den UKIP-Stimmen in den Leave-Wahlkreisen Nordenglands schien es äußerst wahrscheinlich, Labour reihenweise Sitze abzunehmen. Doch das Manöver ging nach hinten los. Die Konservativen verloren ihre Mehrheit und Theresa May kämpfte die nächsten zwei Jahre, letztlich erfolglos, um ihr politisches Überleben. Während die Ultra-Brexiters rund um Boris Johnson im Verein mit der nordirischen DUP jede machbare Verhandlungslösung mit der EU torpedierten, wuchs das Misstrauen und die Unzufriedenheit mit Politikern deutlich an: Am Höhepunkt der Brexit-Krise im Frühjahr 2019 vertraute nur jeweils ein Viertel der BritInnen dem Parlament und der Regierung, eine Lösung für den Brexit finden zu können. Nur ein Viertel widersprach der Ansicht, dass Großbritannien „einen starken Anführer braucht, der auch einmal die Regeln bricht“.¹

Es gehört zu den Paradoxien dieser Wahl, dass Mays Nachfolger Boris Johnson bei der Wahl am 12. Dezember nun genau von der (Miss-)Stimmung profitiert hat, die er selbst mit-erzeugt hat. Sein zentraler Slogan „Get Brexit done“ war das deutlich stärkste Wahlmotiv für ihn und seine Partei. Nachdem die Konservativen drei Jahre nichts als Chaos produziert

hatten, haben sie nun mit dem Versprechen, den Brexit wirklich umzusetzen, klar gewonnen. Obwohl die Zugewinne der Tories überschaubar waren, sicherten sie sich dank des britischen Mehrheitswahlrechts die größte Mehrheit seit dreißig Jahren. Umgekehrt erzielte Labour so wenig Mandate wie nie zuvor in der Nachkriegsgeschichte, obwohl Labours Stimmanteil höher war als 2010 und 2015. Die Neuverfilmung des rechtskonservativen Drehbuchs von 2017 wurde nach dem Scheitern des ersten Anlaufs diesmal zum glänzenden Erfolg. Durch ein unausgesprochenes Wahlbündnis mit der Brexit Party und der Einigung des Brexit-Lagers sicherten sich die Tories die Mehrheit für ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik, die längst nicht mehr mehrheitsfähig ist.

„IT'S BREXIT, STUPID?“

Um das zu erklären, taugt der Hinweis auf Corbys schlechte Beliebtheitswerte nur sehr eingeschränkt: Seine Beliebtheitswerte waren 2017 unwesentlich besser als 2019. Umgekehrt erklärt auch die hasserfüllte Voreingenommenheit der britischen Medien gegen Corbyn während der Wahlkampagne 2019 das Ergebnis nur bedingt. Auch 2017 hatten Großbritanniens Medien eine orchestrierte Kampagne gegen den Mann an der Spitze der Labour Party geführt. Und obwohl die Dominanz des Brexit-Themas bei dieser Wahl unbestreitbar ist, bietet selbst das keine einfachen Antworten. MedienbeobachterInnen führten gerne Corbys angeblich unklaren, zu wenig Remain-freundlichen, Brexit-Kurs als wichtigste Ursache der Niederlage an. Wäre das ein ausschlaggebendes Motiv, dann hätte Labour auch in den Remain-freundlichen großstädtischen Wahlkreisen massivere Verluste erleiden müssen, insbesondere an die Liberaldemokraten, die sich als „Remain-Partei“ positioniert hatten. Tatsächlich verlor Labour

aber v.a. Sitze in den kleinstädtischen Wahlkreisen Nordenglands und der Midlands an die Konservativen, die mit sehr deutlichen Mehrheiten für den Brexit gestimmt hatten.

Umgekehrt machen zahlreiche nordenglische Abgeordnete, seien es nun UnterstützerInnen des alten, blairistischen Establishments oder Corbyn-LoyalistInnen, die beim Parteitag im September beschlossene Positionierung für ein zweites Referendum als Hauptursache der Niederlage aus. Doch auch das scheint zu einfach. Johnsons Versuch, Labour als die Partei darzustellen, die den Brexit verhindern will, hat ihm zwar augenscheinlich massiv genützt. Die Frage, die bei den KritikerInnen des Second-Referendum-Kurses unbeantwortet bleibt ist, mit welcher Brexit-Position dieser Vorwurf erfolgreich pariert hätte werden können – und was in den großstädtischen Wahlkreisen ohne das Versprechen eines zweiten Referendums passiert wäre. Um diese Frage beurteilen zu können, bedarf es eines näheren Blicks auf die Ausgangslage dieser Wahl.

DIE AUSGANGSLAGE

Das Brexit-Chaos der letzten Monate ließ politische BeobachterInnen wieder einmal über das Ende des traditionellen Zwei-Parteien-Systems in Großbritannien spekulieren. Tatsächlich brachten die – wegen der zweiten Brexit-Verschiebung überraschend notwendig gewordenen – EU-Wahlen im Mai 2019 auch für die nationalen Wahlumfragen fast gleichauf liegende Parteien hervor: Tories und Brexit Party im politischen Leave-Spektrum, Labour und Liberaldemokraten im politischen Remain-Spektrum. Hatten Labour und Konservative noch im Jahr 2018 fast durchgehend jeweils bei rund 40% gelegen, standen sich im Mai 2019 Labour, Konservative, Liberaldemokraten und Brexit Party mit jeweils um die 20%-Stimmanteilen in den Umfragen gegenüber. Mit dem Einschwenken der Tories auf einen offen rechtspopulistischen Kurs unter dem neuen Premierminister Boris Johnson legten die Konservativen auf Kosten der Brexit Party deutlich zu – und veranlassten Johnson dazu, sein Wohl in Neuwahlen zu suchen.²

Wie 2017 musste die Labour Party ihre Kampagne von einem Tiefstand in den Umfragen mit unter 25% starten. Anders als 2017 war das britische Mehrheitswahlrecht diesmal allerdings keineswegs ein zwingender Vorteil für Labour. In den Umfragen lag die Partei von Jeremy Corbyn nur wenige Prozentpunkte vor den Liberaldemokraten. Deren Partei-

chefin Jo Swinson erklärte sich selbst zur potenziellen Kandidatin für den Posten der Regierungschefin. Ihre Partei, so argumentierte sie, sei nicht nur die authentische Stimme für eine Verhinderung des Brexit, sondern auch die einzige realistische Gefahr für Johnsons Konservative. Mit den Stimmen „taktischer WählerInnen“, die ihre Stimme im Wahlkreis unabhängig von politischen Präferenzen der Partei mit den besten Chancen gegen die Konservativen geben, peilten die LibDems über 20% der Stimmen und mehr als hundert Sitze im Unterhaus an. Swinsons Ziel, die Liberaldemokraten als „Kraft der politischen Mitte“, als gleichberechtigten Pol zwischen Corbys Labour Party und Johnsons Konservativen zu etablieren, fand dabei die Unterstützung einer Reihe blairistischer Überläufer, aber auch die Sympathien mancher MedienmacherInnen.

UNKLARE BREXIT-POSITION?

Der medial stark forcierte Vorwurf, Corbyn sei in Wahrheit ein verkappter Brexiteer, ist Teil dieser politischen Strategie und Corbys innerparteiliche GegnerInnen bemühten sich seit 2016, diese Frage zu einer innerparteilichen Spaltungslinie zu machen. Anfang 2019 sahen sie ihre Stunde gekommen und setzten mit einer kleinen Abspaltung – „Change UK (CHUK)“ – darauf, eine neue Zentrums Partei nach dem Vorbild Emanuel Macrons gründen zu können, deren zentraler Programmpunkt „Remain“ sein sollte. Das Projekt scheiterte innerhalb weniger Wochen kläglich, die Masterminds hinter CHUK liefen in atemberaubender Geschwindigkeit abermals über, diesmal zu den Liberaldemokraten (und verloren allesamt ihre Sitze in den Unterhauswahlen 2019). Was blieb, war der Eindruck, Corbyn und die Labour Party hätten keinen klaren Standpunkt in der Brexit-Frage.

Doch Labours Brexit-Politik der „konstruktiven Uneindeutigkeit“ war weder einer besonderen EU-Skepsis Corbys, noch einer Entscheidungsschwäche der Labour-Führung geschuldet. Sie war Ausdruck der besonderen Betroffenheit Labours durch die Brexit-Spaltung des Landes. Wie bereits aufgezeigt, setzten die Konservativen schon 2017 darauf, Labours WählerInnenallianz in Stadt und Land entlang der Brexit-Linie spalten zu können und Labour wollte vermeiden, in dieses offene Messer zu laufen. Noch viel mehr als Corbys selbst waren es dutzende, überwiegend Corbyn-skeptische Labour-Abgeordnete aus nordenglischen Leave-Wahlkreisen, die entschieden darauf drängten, dass Labour nicht zu offensiv als Remain-Partei auftreten dürfe. Regelmäßig verweigerten sie

dem Parteichef bei Abstimmungen im Unterhaus die Gefolgschaft, wenn es um allzu enge künftige Beziehungen zur EU oder ein zweites Referendum ging.

EIN ZWEITES REFERENDUM

2017 konnte Labour die Spaltungsversuche erfolgreich abwehren, indem die Partei das Ergebnis des Referendums anerkannte, gleichzeitig aber versprach, Arbeitsplätze und eine stabile wirtschaftliche Entwicklung bei den Austrittsverhandlungen zu priorisieren. Ohne die Remainer allzu sehr zu verärgern, ließ sie so die Brexit-zentrierte Kampagne der Tories 2017 ins Leere laufen und konnte den inhaltlichen Schwerpunkt der Wahl verschieben. Doch das Brexit-Verhandlungschaos hat die politischen Rahmenbedingungen in den letzten zwei Jahren massiv verändert. Hatten die Kampagnen der unterlegenen Remain-BefürworterInnen ursprünglich v.a. für eine verträgliche Austrittsform, etwa in Form einer Art EWR-Mitgliedschaft, geworben, fühlten sie sich durch das Scheitern der Konservativen in den Verhandlungen mit der EU und im Unterhaus ermutigt, den Brexit an sich stoppen zu können. Machtvolle Großdemonstrationen in London und den großen Städten des Landes unterstrichen den Wunsch vieler WählerInnen in den großen Metropolen, sich dem Brexit-Wahnsinn der Tories zu widersetzen.

Damit kam die Labour Party zunehmend unter Druck, der nun nicht mehr ausschließlich von Corbyns blairistischen GegnerInnen und den LibDems befeuert wurde, sondern auch aus großen Teilen der Partei und ihrer Mitgliedschaft, aber auch einer Reihe linker Gewerkschaften kam. Auf dem Parteitag 2019 legte sich die Partei darauf fest, dass eine Labour-Regierung ein zweites Referendum abhalten werde und das Volk entscheiden lasse, ob das Land mit einem „vernünftigen“ Labour-Deal austreten oder in der EU bleiben solle.

ERFOLGREICHE ABWEHR DER LIBDEMS

Hatten Labour und LibDems zu Beginn des Wahlkampfes in den Umfragen nur wenige Prozentpunkte getrennt, lagen am Ende fast 20 Prozentpunkte zwischen beiden Parteien. Zwar konnten die LibDems in Summe fast eine Million Stimmen gewinnen. Doch mit 11 Prozentpunkten und 11 Sitzen erzielten sie nach 2015 und 2017 noch immer das drittschlechteste Ergebnis ihrer Geschichte, statt wie erhofft das Zwei-Parteiensystem zu zerschlagen. Ihre Parteivorsitzende, Jo Swinson, verlor sogar ihr Mandat an die Schottische Natio-

nalpartei. Kein einziger LibDem-Überläufer von Labour oder Tories konnte sich in einem Wahlkreis durchsetzen. Es ist kaum vorstellbar, dass es ohne die vom Labour-Parteitag beschlossene Positionierung zum zweiten Referendum gelungen wäre, innerhalb weniger Wochen die LibDems so klar zu distanzieren. Es ist vor diesem Hintergrund nur begrenzt schlüssig, wenn Labour-Remainers argumentieren, die Partei hätte sich früher und klarer pro Remain positionieren müssen, um erfolgreich zu sein. Auch wenn die Stimmgewinne der Liberaldemokraten in absoluten Zahlen beachtlich wirken, hatten sie im britischen Mehrheitswahlrecht kaum Auswirkungen. Selbst im besten Fall hätte Labour mit zusätzlichen Stimmen, die tatsächlich an die Liberaldemokraten gegangen sind, bestenfalls eine Handvoll zusätzlicher Sitze in London gewinnen können.³ Der aufgebaute Schutzwall gegen die LibDems in der Remain-Frage hat also funktioniert.

Umgekehrt lassen aber all jene, die den Referendum-Kurs für die Verluste in Nordengland verantwortlich machen außer Acht, was ein Verzicht auf diese Positionierung bedeutet hätte. Wären den Liberaldemokraten in den Großstädten die angestrebten Zugewinne geglückt, hätte dies ein noch viel katastrophaleres Ergebnis für Labour bewirkt. In den nordenglischen Wahlkreisen hätten es Labour-KandidatInnen aber auch mit einer Brexit-freundlicheren Haltung nur unwesentlich einfacher gehabt: Mit dem Versprechen, einen besseren Brexit zu verhandeln, hätten sie wohl gegen das verführerisch klare „Get Brexit done“ ebenso Schiffbruch erlitten, wie mit der Forderung nach dem zweiten Referendum.

EIN PROGRAMM FÜR „ECHTE VERÄNDERUNG“

Wie 2017 versuchte Labour, in der Kampagne den Schwerpunkt der politischen Debatte weg vom Brexit, hin zur Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verschieben. Mit einem – für britische Verhältnisse – radikalen Programm für öffentliche Investitionen in das Gesundheitssystem, in Schulen, öffentliche Verkehrsmittel, Breitband-Internet und eine grüne Transformation der Wirtschaft versprach Labour „to rebuild Britain“. Wo Johnson die Brexit-Polarisierung stärkte, setzte Labour auf eine Polarisierung zwischen einer Handvoll Milliardäre, deren Interessen von Johnson vertreten werden, und der großen Mehrheit, auf deren Seite Labour stand.

Das strategische Brexit-Dilemma in Nordengland versuchte Labour mit einem Appell an das Klassenbewusstsein und die jahrzehntelange Leidensgeschichte vieler ehemaliger

Industrieregionen Nordenglands unter den Tories zu kontern. Mit einer hoffnungsvollen, positiven Kampagne wollte Labour für eine bessere Zukunft jenseits der Brexit-Spaltung werben. Doch was 2017 gelungen war, schlug diesmal fehl. 2017 gelang es Labour, den inhaltlichen Schwerpunkt der Wahl zu verschieben. Die geänderten Rahmenbedingungen ließen das heuer nicht zu. Labour zündete ein ganzes Feuerwerk an populären Politikvorschlägen, die im Wesentlichen alle mehrheitsfähig waren. Sie kamen damit gegen die Brexit-Walze nicht durch.

URSACHEN DER NIEDERLAGE

Warum haben Millionen WählerInnen, die seit Jahren unter den Politiken der Tories zu leiden haben, für Johnson und den Brexit gestimmt? Wieso ist es Labour im Unterschied zu 2017 nicht gelungen, das Brexit-Thema zu neutralisieren? Es ist wohl noch zu früh, um abschließend erklären zu können, warum Johnson gewonnen, warum aber v.a. Labour verloren hat: Einige kursierende Hypothesen verdienen aber nähere Betrachtung und werden wohl auch in den nächsten Monaten in der Labour Party näher diskutiert werden müssen.

Corbyns innerparteiliche GegnerInnen machen natürlich ihn persönlich und seinen politischen Kurs verantwortlich: Corbyn sei zu links, zu pazifistisch, zu wenig charismatisch. Die Wahlniederlage nutzen sie für eine revanchistische Generalabrechnung mit dem 2015 eingeschlagenen Linkskurs der Partei. Das ist ebenso erwartbar, wie substanzlos. Der Corbyn von 2019 ist nicht linker oder pazifistischer als der Corbyn von 2017. Und dass er es überhaupt an die Parteispitze geschafft hatte, lag letztlich darin, dass er auf hunderttausende neue Mitglieder jedenfalls charismatischer wirkte, als die vier KandidatInnen des blairistischen Establishments. Corbyns Politikvorschläge wirken für den jahrzehntelang auf Thatcherismus getrimmten Polit-Betrieb radikal, stoßen in der Öffentlichkeit aber durchaus auf breite Zustimmung. So sehr die Partei eine schwere Niederlage erlitten hat, gibt es neben den großen dunklen Schatten durchaus auch Lichtstrahlen, die es zukünftig zu bündeln gilt. Labour hat bei den Unter-44-Jährigen die klare Mehrheit, bei den Unter-24-Jährigen hat die Partei dreimal so viele Stimmen erzielt wie die Konservativen. Labour hat sehr schlechte Ergebnisse unter den älteren WählerInnen, nie zuvor hatte die Partei so gute Werte unter jungen WählerInnen. Tatsächlich ist es auch bei dieser Wahl gelungen, zehntausende Mitglieder für den Wahlkampf zu aktivieren: Während die Tories auf die geballte Macht der etab-

lierten Medien setzen konnten, verfügte Labour v.a. in England über eine starke Kampagne im Straßenwahlkampf, aber auch in den sozialen Medien.

Das alles kann natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass Corbyns schlechte Umfragewerte ein Problem waren und sind. Schlechtes Krisenmanagement, etwa im Zusammenhang mit den Antisemitismus-Vorwürfen gegen ihn und die Labour Party, hat zweifellos in den letzten Jahren dazu beigetragen. Man kann aber auch nicht außer Acht lassen, dass Corbyn, noch stärker als sein Vorgänger Ed Miliband, Ziel einer massiven, persönlich untergriffenen Medienkampagne war, gegen die die Verhältnisse am österreichischen Medienmarkt direkt heimelig wirken. Als Corbyn z.B. im Wahlkampf Regierungsdokumente vorlegte, aus denen hervorging, dass die Regierung entgegen Johnsons Versprechen monatelang mit Trump über einen Ausverkauf des Gesundheitssektors in einem Handelsabkommen mit den USA verhandelt hatte, war das kaum eine Erwähnung wert. Obwohl die Echtheit außer Frage stand, wurden nicht die Konservativen zu den Inhalten dieser Dokumente befragt, sondern mussten sich Labour-PolitikerInnen tagelang dafür rechtfertigen, ob sie garantieren könnten, dass diese Dokumente nicht vom russischen Geheimdienst geleakt worden seien. Wer meint, mit einem neuen Parteichef sei es getan, verkennt, dass jede Labour-Führungsperson, die die bestehenden Verhältnisse in Frage stellt, ebenso heftigen und untergriffenen Attacken ausgesetzt sein wird.

Diese persönliche Beschädigung folgt einem politischen Kalkül, das in diesem Wahlgang zumindest mitentscheidend gewesen sein dürfte: Die fortgesetzte Beschädigung des Vertrauens in die Politik an sich. Der konservative Wählerfolg baut letztlich auf der Zerstörung des Glaubens an echte politische Veränderung auf. Erste Nachwahlbefragungen liefern wenig Hinweise darauf, dass die WählerInnen der Konservativen von ihnen eine Verbesserung der großen innenpolitischen Probleme erwarten. Bereits das Referendum 2016 war für viele BritInnen ein Ventil, ihre Unzufriedenheit mit dem Establishment zum Ausdruck zu bringen. Johnson ist mit seinen teilweise clownesken Auftritten das Kunststück geglückt, sich als Außenseiter des Establishments, dem er tatsächlich angehört, darzustellen, der den Willen des Volkes durchsetzt: Gegen die Londoner Eliten, gegen die politische Blase, die seit Jahrzehnten nichts für die vernachlässigten Regionen getan hat und jetzt auch noch den Brexit endlos zerredet. Er hat erfolgreich den Kurs Donald Trumps nachgeahmt.

Labour hat in den letzten vier Jahren durchaus erfolgreich den politischen Diskurs verschoben. Bester Beweis dafür ist die Anpassung des konservativen Wahlprogramms. Stand im Mittelpunkt der Wahlen 2015 noch die Frage, welche Partei zuverlässiger das Budget sanieren werde, übernahmen die Konservativen 2019 zentrale Punkte des Labour-Wahlprogramms 2017: 50.000 neue Pflegekräfte und Milliardeninvestitionen im Nationalen Gesundheitssystem (NHS), 20.000 zusätzliche PolizistInnen, höhere Ausgaben für Schulen und Infrastruktur. Viele dieser Versprechen sind unehrlich, auf Sand gebaut und ohne konkrete Gegenfinanzierung. Das ändert nichts daran, dass die Tories sich nicht mehr trauen, ihre tatsächliche wirtschaftspolitische Agenda offenzulegen. Anders als in den 1980er-Jahren setzen sie nicht mehr darauf, die neoliberale Ideologie der Vereinzelung populär machen zu können. Sie setzen vielmehr darauf, dass nach Jahrzehnten neoliberaler Politik Zynismus und Apathie stark genug sind, politische Alternativen per se unglaubwürdig erscheinen zu lassen und versuchen, das Vertrauen in den politik-Betrieb weiter zu untergraben. Woran Labour bei dieser Wahl offenkundig gescheitert ist, ausreichend Vertrauen aufzubauen, um diese Mauer des Misstrauens und der Hoffnungslosigkeit zu durchbrechen. Der grundlegende Fehler in der gesamtgesellschaftlichen Brexit-Debatte lag weniger in der konkreten Positionierung Labours vor der Wahl, sondern darin, vielen Leave-WählerInnen den Eindruck zu vermitteln, dass man sie nicht ernst nehme. Damit hat man offenkundig ein über Jahrzehnte aufgebautes Gefühl der Enttäuschung und des Vertrauensverlusts mobilisiert, dadurch konnte Boris Johnson plötzlich zur Stimme jener Regionen werden, deren sozialer und wirtschaftlicher Verfall von seinen Konservativen verschuldet und von der Regierung Blair/Brown nicht umgekehrt wurde.

ANKNÜPFUNGSPUNKTE FÜR DIE ZUKUNFT


Die Probleme, vor denen Labour steht, sind daher auch keinesfalls neu. In vielerlei Hinsicht steht die Partei heute dort, wo sie auch 2015 stand: Schottland ist verloren und in Nordengland in großen Schwierigkeiten. Ein starkes Stadt-Land-Gefälle steht dem Erfolg einer klassischen WählerInnenallianz Labours aus traditionellen ArbeiterInnenhochburgen, städtischer Mittelschicht und neuem Dienstleistungsproletariat entgegen. Das Vertrauen, das Labour unter ArbeiterInnen verloren hat, ist nicht von gestern auf heute verloren gegangen, sondern über mehr als zwanzig Jahre. Als Labour unter Tony Blair 1997 an die Macht kam, wählten 50% der gelernten ArbeiterInnen und 59% der ungelerten ArbeiterInnen La-

bour.⁴ Als sein Nachfolger Gordon Brown 2010 aus dem Amt schied, waren es nur noch 29% der gelernten und 40% der ungelerten ArbeiterInnen und damit in etwa so viele wie bei dieser Wahl.⁵ Woraus die Partei aber lernen sollte, ist der große Fehler, der der Remain-Kampagne über einen mehrjährigen Zeitraum unterlaufen ist: Unerfreuliche Wahlergebnisse als Ausdruck politischer Unwissenheit abzutun, die man einfach ignorieren könne. Das ist keinesfalls ein Plädoyer dafür, den menschenverachtenden Zynismus der Tories zu kopieren, wie das in den nächsten Wochen Teile der Labour-Rechten mit der Forderung nach einer menschenfeindlicheren Migrations- und Sicherheitspolitik sicherlich tun werden. Um die Niederlage 2019 zu überwinden, wird die Partei den Vertrauensverlust überwinden müssen, den sie gerade auch in der Ära blairistischer Regierungspolitik erlitten hat.

Labour hat in den letzten Jahren durchaus Ressourcen entwickelt, auf denen die Partei in den nächsten Jahren aufbauen kann: Die Begeisterung hunderttausender Mitglieder, ihre Stärke unter jungen WählerInnen, die Nutzung neuer Medien und eine klare inhaltliche Alternative zu einem menschen- und klimazerstörenden Kapitalismus. Die Herausforderung der nächsten Jahre besteht darin, eine Brücke zu den älteren WählerInnen zu schlagen und das Vertrauen in die Gestaltbarkeit der Politik auch in dieser Generation wieder aufzubauen. Denn darum geht es letztlich: Labour hat Millionen junger Menschen das Gefühl gegeben, etwas ändern zu können. Sie hat aber das über viele Jahre verloren gegangene Vertrauen älterer WählerInnen nicht gewinnen können und noch kein Gegenrezept zur medial zelebrierten Hinrichtung ihres jeweiligen Vorsitzenden entwickelt.

So erschütternd dieses Wahlergebnis ist, so wenig wird es dauerhaft die politische Lage in Großbritannien stabilisieren. Die Konservativen haben ihre Partei dem rechtspopulistischen Kurs eines als unzuverlässig verschrienen Hasardeurs anvertraut, weil sie darin ihre letzte Chance gesehen haben. Johnson hat diese Chance zwar genutzt und kann die nächsten Jahre mit einer bequemen Mehrheit regieren. Doch die Unzufriedenheit im Land, die er erfolgreich für seinen Brexit-Kurs mobilisieren konnte, kann sich sehr rasch auch wieder gegen ihn wenden. Sowohl die Brexit-Scharlatanerie, als auch die leeren sozialpolitischen Versprechen bieten in den nächsten Jahren Angriffspunkte für eine effiziente Opposition.

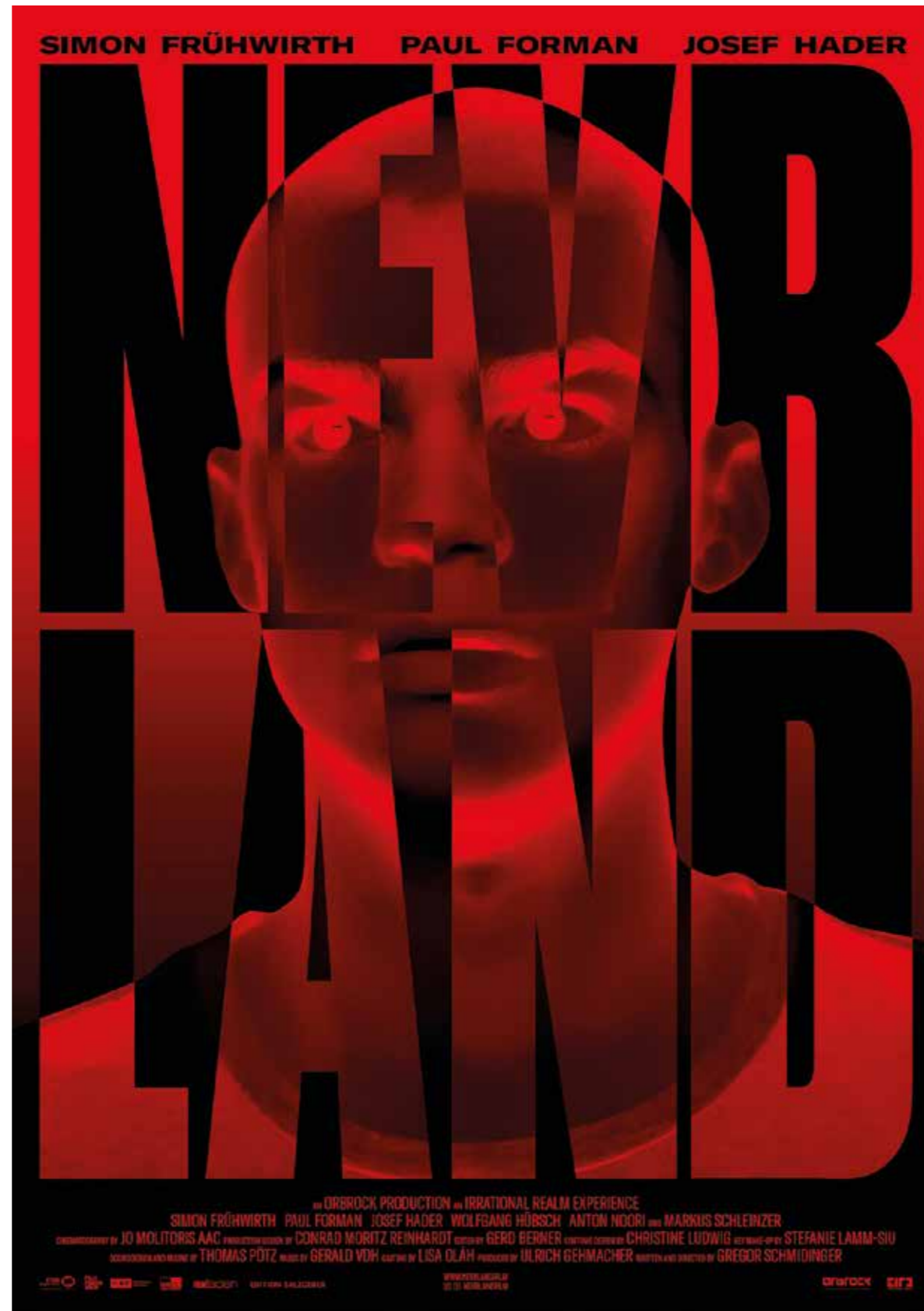
Bis Ende März wird Labour eine neue Parteiführung wählen. Ob es dabei gelingt, sich den Zukunftsfragen zu stellen

oder ob es der alten Garde des Parteiestablishments gelingt, in einer revanchistischen Offensive ihre offenen Rechnungen mit der Parteilinken in den Mittelpunkt zu rücken, wird für die Sozialdemokratie in ganz Europa Bedeutung haben. Es wird mit darüber entscheiden, ob eine hoffnungsvolle Politik der Vielen den Rechtspopulismus in die Schranken weisen kann, bevor die Spirale des Autoritarismus sich bedrohlich weiterdreht. 

1. <https://www.hansardsociety.org.uk/publications/reports/audit-of-political-engagement-16> Ebd.
2. https://d25d2506sf94s.cloudfront.net/cumulus_uploads/document/ikcdofirii/InternalResults_191029_W1_w.pdf
3. <https://www.dataprax.is/tory-landslide-progressives-split>
4. <https://www.ipsos.com/ipsos-mori/en-uk/how-britain-voted-october-1974>
5. <https://lordashcroftpolls.com/2019/12/how-britain-voted-and-why-my-2019-general-election-post-vote-poll/>

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.



Atelier: 101
Grafik: Lukas Fliszar, Jonas Minnig
Nevrland
Auftraggeber: ORBROCK Filmproduktion GmbH
Druck: Onlineprinters GmbH
Drucktechnik: Digitaldruck
Österreich
© 101/100 Beste Plakate e. V.

„Die Bewegung ist größer als Corbyn“

Knapp zwei Wochen war **Patricia Huber**, Chefredakteurin des Online-Magazins Kontrast, in London, um die Labour Party im Wahlkampf zu unterstützen. Mit der ZUKUNFT hat sie über ihre Eindrücke aus einer Wahlbewegung gesprochen, in der ein Heer an Freiwilligen an der Seite Jeremy Corbyns mit Hoffnung, Begeisterung und hoher Professionalität gegen feindselige Medien und tiefen Zynismus ankämpft.

ZUKUNFT: Du warst als freiwillige Helferin in London, um die Labour Party im Wahlkampf zu unterstützen. Warum hast du das gemacht?

Seit Jeremy Corbyn 2015 zum Labour Vorsitzenden gewählt wurde, bin ich begeistert. Er ist das Symbol einer alternativen Politik. Er steht wie kaum ein anderer für die Zurückweisung des Neoliberalismus und für eine Politik der Hoffnung, eine Politik für die Vielen. Die letzten 35 Jahre hörten alle Briten von wichtigen Politikern immer nur: Es gibt keine Alternative zum Neoliberalismus. Und auf einmal taucht der Hinterbänkler Corbyn auf und wird unfassbar populär, weil er sagt: Der Neoliberalismus ist eine bewusste Entscheidung – wir können auch andere Entscheidungen treffen, wenn wir zusammenhalten und uns organisieren. Besonders Menschen unter 35 haben noch nie gehört, dass jemand so über Politik spricht.

Und Corbyn ist auch ehrlich. Es geht ihm und seiner Kampagne nicht darum, einen Vorsitzenden durch einen anderen zu ersetzen. Eine andere Politik erfordert auch eine andere, eine demokratischere Partei. Corbyn will keine Fans, er ermutigte die Menschen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen, für sich selbst zu sprechen, in die Partei zu kommen und selbst für politische Ämter zu kandidieren. Das Parlament in Westminster hat nicht das Monopol auf Politik. Die Labour Partei soll kein Karriereservice für Berufspolitiker sein, sondern Menschen für alternative Politik begeistern und in die Partei holen. All das wollte ich unterstützen und einen kleinen Beitrag leisten.

ZUKUNFT: Was waren deine Aufgaben vor Ort?

Neben der Labour Party gibt es eine Organisation, die heißt Momentum. Das ist etwas sehr Neues: Das ist eine Bewegung aus 40.000 Freiwilligen, die sich für einen Politik-Wechsel engagieren. Derzeit machen sie vor allem Wahlkampf für die Labour Partei, weil es natürlich um sehr viel geht bei dieser Wahl. Aber die Bewegung gibt es auch außerhalb von Wahlkämpfen, das ist eine politische Bewegung für soziale, für linke Politik, und kein Wahlverein für Corbyn.

Momentum hat viele Spenden gesammelt und kann sich aktuell 50 Mitarbeiter in der Kampagne leisten. Die machen Videos, betreiben Recherchen, organisieren Hausbesuche, arbeiten an Forderungen und am Story Telling usw. – alles wahnsinnig professionell. Und dort habe ich gearbeitet, im Momentum-Büro in London. Da arbeiten professionelle Video Producer gemeinsam mit Freiwilligen. Die Freiwilligen suchen zum Beispiel aus hundert TV-Sendungen Video-Ausschnitte – etwa Tories, die Arme verachten, davon gibt es ja nicht wenige. Die Video-Redakteure machen daraus dann Facebook Videos, die Millionen Mal gesehen werden – ganz ohne Werbung. Ich war Teil dieser Freiwilligen, habe beim Schreiben von Texten zum Manifesto geholfen, beim Optimieren der Google Ergebnisse und auch bei Hausbesuchen.

ZUKUNFT: Wie hat das funktioniert, als Landesfremde plötzlich mitten im Wahlkampfgeschehen zu sein?

Es war natürlich schon ungewohnt. Mir waren die innenpolitischen Diskussionen oft nicht so vertraut. Aber die Kampagne ist sehr einladend und inklusiv. Da arbeiten so viele Menschen zusammen, die sich kaum kennen und die sonst nicht in der Politik arbeiten. Es waren auch Leute aus Kanada und Deutschland da, die ein paar Wochen für die Labour Party arbeiten wollten. Und irgendetwas gibt es immer zu tun, wo man helfen kann. Also die Begeisterung und die Offenheit der Leute hat mir sehr geholfen. Neben mir im Büro saß zum Beispiel eine Bankbeamtin. Sie hat sich 2 Wochen freigenommen und das Momentum-Recherche Team beim Lesen von Bilanzen und Wirtschaftsdaten unterstützt.

ZUKUNFT: Wie funktioniert die Labour-Wahlkampforganisation? Was sind die größten Unterschiede zu einem Wahlkampf in Österreich?

Ein großer Unterschied sind die vielen Freiwilligen, die da wirklich viel Zeit reinstecken. Und um die bemühen sich die Labour Party und Momentum auch sehr. Die Kampagne hat zum Beispiel eine Online-Landkarte entwickelt mit Marginal Constituencies, also Wahlkreisen, die zwischen Labour und Tory-Mehrheit schwanken. Dort fahren dann Freiwillige aus London oder Liverpool hin, um an Türen zu klopfen und in Pubs mit Menschen zu diskutieren. Das sind schon auch mal 2,3 Stunden Anreise und das kostet die Aktivistinnen nicht wenig Geld. Sie machen es trotzdem, weil es ihnen wirklich wichtig ist, mit Leuten in den vernachlässigten Gebieten Englands in Kontakt zu kommen.

Insgesamt habe ich das Gefühl, dass es den Menschen wirklich darum geht, andere zu informieren, zu bilden und ihnen zu vermitteln: Ihr müsst euch das nicht gefallen lassen, dass sich niemand um euren Ort kümmert, dass eure Kinder nicht jeden Tag ein warmes Essen haben und die Reichsten immer reicher werden. Da geht es nicht nur darum, dass die Menschen ein Kreuz bei Labour machen, sondern dass sie Hoffnung, Zuversicht und Kampfgeist gewinnen. Labour wollte in der Kampagne auch Gräben überwinden, Leute zusammenbringen, die sich gemeinsam gegen die enorme Ungleichheit engagieren.

In den Medien ist die Stimmung gegenüber Corbyn sehr unfreundlich, auch der staatliche BBC ist sehr La-

bour-kritisch. Das ist bei linken Kandidaten, die die Mächtigen herausfordern, ja immer so. Labour macht deshalb keine Kompromisse in ihrem Programm, sie setzen auf den persönlichen Kontakt und auf die sozialen Medien. Dort haben sie weit größere Reichweiten als die Tories. Die Social-Media-ArbeiterInnen in der Kampagne haben enge Kontakte zu den lokalen Kampagnen. Die Campaigner vor Ort vermitteln authentische Menschen, die etwas zu sagen haben, oder krasse Beispiele von Austerität. Es gibt einen guten Austausch zwischen London und den Regionen, sowohl im persönlichen Kontakt und in der Online-Kampagne.

ZUKUNFT: Welche Themen sind deinem Eindruck nach dominant?

Der Wahlkampf ist eindeutig vom Brexit-Thema dominiert. Das befeuert Boris Johnson und auch die Medien. Die wollen auch keine anderen Themen. Während Labour den Wahlkampf um ihr Manifesto, also das Wahlprogramm, aufgebaut hat, sagten die Tories: Am besten ist, wenn zwei Tage nach der Präsentation niemand mehr über unser Wahlprogramm spricht. Das ist ihnen auch gelungen.

Labour kämpfte im ganzen Wahlkampf darum, echte Themen in den Vordergrund zu stellen: Den Kampf gegen die Klimakrise und den Green New Deal samt tausender grüner Arbeitsplätze – da ist Labour radikaler und glaubwürdiger als die Grünen in Großbritannien. Die massive Erhöhung der öffentlichen Investitionen, ein gutes staatliches Gesundheitssystem, ein soziales und ökologisches Bankensystem, den Breitbandausbau und kostenlosen Zugang für alle, die Demokratisierung der Wirtschaft und die Rücknahme der Privatisierungen. Die Themen kommen gut an. Bei den Hausbesuchen konnten die Leute damit viel anfangen – all das waren relevante Themen für sie.

ZUKUNFT: Dominant ist sicher das Brexit-Thema, das ist auch das Lieblingsthema der Medien.

Ja, und ich habe sowohl Brexit-Befürworter als auch Gegner getroffen und beide Positionen gibt es in der Labour Party. Arbeiter oder Arbeitslose aus Gegenden, die nicht sehr von der EU und der Globalisierung profitiert haben, sind meistens pro Brexit: Ehemalige Bergbau-Ge-

genden, Küstenorte – Gegenden, in denen sich Leute von allen Politikern alleine gelassen fühlen. Die Labour Party versucht, die Menschen nicht anhand der Brexit-Frage zu spalten, sie will die Gräben zuschütten und andere Fragen in den Mittelpunkt stellen: Die Gesundheitsversorgung, die fehlenden öffentlichen Investitionen gerade in armen Gegenden, den Klimawandel – zum Teil gelingt das gut, aber die Konservativen und die Medien arbeiten in die andere Richtung.

ZUKUNFT: Wie stark ist die Rolle von Agenturen und Polit-Beratern spürbar?

Ich habe überhaupt keine Agenturen oder Politik-Berater erlebt. Ein paar Tage habe ich zum Beispiel mit dem „Real Change Lab“ zusammengearbeitet. Das ist eine Pop-Up-Agentur, dort haben sich JournalistInnen, GrafikerInnen und Video Producer für ein paar Monate zusammengetan, um für die Labour Partei zu arbeiten. Sie machen Websites über Missstände beim NHS, um Leute zu informieren, sie machen Videos oder Memes – und verkaufen die Ergebnisse der Labour Party, wenn es der gefällt.

So funktioniert der Wahlkampf eher: Viele tragen bei, was sie können. Die Labour Partei nimmt, was in ihre Gesamtstrategie passt und lässt sich auch inspirieren. So wird die Kampagne viel lebendiger und innovativer, weil sich nicht fünf Menschen am Reißbrett eine Kampagne ausdenken, sondern die Grundlinien da ist und der Rest kommt von Vielen.

ZUKUNFT: Die Umfragen sagen seit Wochen einen deutlichen Sieg für Boris Johnson voraus. Wie beeinträchtigt das den Wahlkampf und das Engagement der HelferInnen?

Ich habe überhaupt keinen Pessimismus oder Zynismus bemerkt. Alle sind zuversichtlich und begeistert und glauben an die Sache. Es gibt allerdings ein sehr breites Verständnis von Politik, die Bewegung ist größer als Corbyn. Wenn man einmal gehört hat, dass Politik auch anders funktionieren kann, dann vergisst man das nicht mehr. Die Leute wollen weitermachen, bis sie gewinnen.

Dazu kommt das Phänomen Corbyn: Wo er hinget, tauchen tausende Menschen auf – egal wie kalt es ist oder ob es regnet. Seine Worte bedeuten vielen Menschen sehr viel, die Begeisterung ist enorm. Am Wahlzet-

tel sieht man leider nicht, wie viel Enthusiasmus in einer Stimme steckt: Eine halbherzige Stimme für Johnson ist letztlich das gleiche wie eine begeisterte für Corbyn.

ZUKUNFT: Jeremy Corbyn gilt allgemein als unpopulär, trotzdem hat Labour unter seiner Führung viele junge Menschen wieder für Politik begeistert. Gibt es da eine Alterskluft? Wie macht die sich bemerkbar?

Ich habe im Londoner Stadtteil Islington gewohnt, da wohnt auch Corbyn und das ist sein Wahlkreis. Dort hat fast jeder eine Geschichte mit Corbyn: Man sieht ihn bei McDonalds Frühstück oder im Bus, wie er beim Aussteigen dem Busfahrer dankt. Viele sagen: Corbyn ist mein Freund. Sie meinen: Er ist einer von uns. Diese Begeisterung habe ich bei jungen Menschen überhaupt gespürt. Ein junger Uber-Fahrer hat mir erklärt, dass er fast alles für Corbyn tun würde. Er hat mir 40 Minuten lang von Corbyn vorgeschwärmt, weil es der erste Politiker ist, der sich für Menschen wie ihn interessiert. 16-Jährige Jungs in Stoke-on-Trent fingen an „Oh Jeremy Corbyn“ zu singen, als sie uns mit Labour-Flyern auf der gegenüberliegenden Straße gesehen haben. So etwas habe ich noch nie erlebt.

Bei den älteren Menschen ist das anders. Ich war in einem sehr armen Block in London-Westminster unterwegs, dort waren die Leute wütend und hatten einfach keine Lust mehr auch nur irgendeinem Politiker etwas zu glauben. Ihre Häuser waren privatisiert und verfielen, ihre Gesundheitsversorgung war schlecht, weil teilprivatisiert. Sie glaubten einfach nicht, dass für sie noch irgendetwas besser werden kann. Da reicht auch das Phänomen Corbyn nicht aus, um die Enttäuschung von der Labour Party in Hoffnung zu verwandeln.

ZUKUNFT: Was sind die wichtigsten Dinge, die du von deinem Wahlkampfeinsatz nach Österreich mitnimmst?

Es braucht ein mutiges Programm, an das man selbst glaubt und das einen selbst begeistert. Nur dann kann man auch andere begeistern. Viele Leute einbinden, sich nicht nach außen abschließen und die Koordination von Freiwilligen als zentrales Arbeitsfeld begreifen. Das sind meine wichtigsten Erkenntnisse. Ein guter Wahlkampf braucht Menschen, die nicht hauptberuflich Politik machen, um lebendig und echt zu sein.

Und dann braucht es viele sehr professionelle Menschen, die ein oder zwei Monate ihrer Lebenszeit einer Kampagne widmen. Video Produzenten, Texter, Schauspieler, Ökonomen, SozialarbeiterInnen – jeder der was beitragen will, soll etwas beitragen. Man kommt auf Ideen, auf die man nicht kommt, wenn die Politik-Blase immer nur unter sich bleibt. Und letztlich will man Menschen ja motivieren, etwas zu ändern und ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen.

Danke für das Gespräch!



PATRICIA HUBER

ist Politikwissenschaftlerin und Chefredakteurin des Online-Magazins „Kontrast“. Das Interview wurde vor dem Wahltag geführt.

100 BESTE PLAKATE 18. DEUTSCHLAND ÖSTERREICH SCHWEIZ

MAK



MAK-Ausstellungsansicht, 2019
100 BESTE PLAKATE 18
Deutschland Österreich Schweiz
MAK-Kunstblättersaal
© MAK/Georg Mayer

Die Grüne Industrielle Revolution

Im Vorfeld der britischen Unterhauswahlen hat die britische Labour Party unter der Leitung der Schatten-Wirtschaftsministerin Rebecca Long-Bailey ein umfassendes Konzept für eine „Grüne Industrielle Revolution“ ausgearbeitet. Damit wollte die Partei die Themenführerschaft im Klimabereich übernehmen, ohne gleichzeitig auf eine mutige Industrie- und Innovationspolitik zu verzichten. Der auf dem Brexit-Debatte basierenden Wahlniederlage zum Trotz ist das Dokument insofern bemerkenswert, als es der Partei gelungen ist das Themenfeld positiv zu besetzen: Die NGO „Friends of the Earth“ bewertete Labours Programm besser, als das der Grünen – und das obwohl Labour nach wie vor zur Atomkraft steht.

Labour hat im britischen Parlament die Ausrufung des Klimanotstands durchgesetzt. Die kommende Labour-Regierung wird die Welt im Kampf gegen den Klimanotstand anführen. Mit einem Plan zur Hebung des Lebensstandards, mit dem wir unsere Wirtschaft grundlegend umbauen. Arm an CO₂, reich an guten Arbeitsplätzen, radikal gerechter und demokratischer.

Die Klimakrise bindet uns alle an unser gemeinsames Schicksal. Diese Wahl ist unsere beste Hoffnung, künftige Generationen vor dem Schicksal eines unbewohnbaren Planeten zu bewahren. Der Weltklimarat hat festgestellt, dass wir die globalen Emissionen bis 2030 halbieren müssen, um eine Chance zu haben, die globale Erwärmung in kontrollierbaren Grenzen zu halten. Deshalb müssen wir jetzt und entschlossen handeln.

Die Tories haben ein Jahrzehnt damit vergeudet, den Interessen der großen Umweltverpester zu dienen. Labour wird das entscheidende nächste Jahrzehnt nutzen, um zu handeln. Die Tories haben die Unterstützung für erneuerbare Energien gekürzt und dafür das gefährliche Fracking forciert.

Großbritannien liegt bei zentralen Emissions-Zielen Jahrzehnte zurück. Deshalb wird Labour eine Grüne Industrielle

Revolution losretten, die eine Million neuer Arbeitsplätze schafft und unsere Industrie, unsere Energieversorgung, unser Verkehrssystem, unsere Landwirtschaft und unseren Wohnbau transformieren wird und dabei die Natur stärkt. Unser Green New Deal wird den Großteil unserer Emissionen bis 2030 beseitigen und dabei wissenschaftlich basiert und gerecht verwirklicht, um eine Wirtschaft zu schaffen, die den Vielen dient, nicht den Wenigen.

So wie die historische Industrielle Revolution die Industrie, Arbeitsplätze und Stolz in unsere Städte gebracht hat, wird sie Labours internationale beispielhafte Grüne Industrielle Revolution neu aufbauen, mit anständig bezahlten Jobs, niedrigeren Energierechnungen und ganzen neuen Industriezweigen, die jene Gegenden unseres Landes wiederbeleben, die viel zu lange vernachlässigt worden sind.

Für manche ist das Schlagwort der „Strukturveränderung“ zu einem Synonym für Devastierung geworden, weil aufeinanderfolgende konservative Regierungen damit zufrieden waren, sich zurückzulehnen und das Schicksal ganzer Industriezweige und Regionen den Kräften des Marktes zu überlassen. Eine Labour-Regierung wird das niemals zulassen, Wir arbeiten Hand in Hand mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften, in jeder Wirtschaftsbranche, um in ihren Industrien

den Umbau voranzubringen, um neue, gutbezahlte, sichere Arbeitsplätze zu schaffen und um sicherzustellen, dass ihre Fähigkeiten an die nächste Generation von ArbeiterInnen weitergegeben wird.

Wir werden der Welt zeigen, wie der Vorrang für Nachhaltigkeit nicht nur das Leben aller verbessert, sondern eine gerechtere, aufgeklärtere Wirtschaft, die auch unsere Umwelt schützt, die Macht der großen Konzerne begrenzt, die Demokratie wiederbelebt, unser Gemeinwesen stärkt, internationale Solidarität schafft und bessere Lebensqualität für alle bringt. Die Größe der Herausforderung verlangt nicht weniger als das.

Die Zerstörung unseres Planeten zu stoppen ist eine Frage der Gerechtigkeit – für die Betroffenen hier und international und für unsere Kinder, die die Folgen zu tragen haben, wenn wir nicht handeln. Soziale Gerechtigkeit ist die Leitlinie unseres Handelns. Wir werden dafür sorgen, dass die Kosten der grünen Transition vor allem von den Reichen und jenen, die für das Problem verantwortlich sind, getragen werden. 2019 ist eine neue, globale Bewegung entstanden, die PolitikerInnen auffordert, endlich aufzuwachen und zu handeln. Labour hat diese Bewegung von Anfang an begrüßt und wir haben ihre Forderungen in detaillierte, glaubwürdige Pläne für echte Veränderung übersetzt.

INVESTITIONEN

Um die weitreichenden Veränderungen umzusetzen, die es braucht, um mit dem Klimanotstand umzugehen, braucht es eine vollständige Mobilisierung der nationalen Ressourcen, der öffentlichen, wie der privaten.

Labour wird eine Kommission für Nachhaltige Investitionen ins Leben rufen, in der das Finanzministerium, das Wirtschaftsministerium und die Notenbank diese Investitionen überwachen, koordinieren und vorantreiben wird – unter Beteiligung der Gewerkschaften und der Wirtschaft. Wir werden das Office for Budget Responsibility beauftragen, in ihren Prognosen die klimapolitischen Entwicklungen zu berücksichtigen, um auch die budgetären Kosten des Nicht-Handelns transparent zu machen. Denn die Kosten des Nicht-Handelns sind bei weitem höher, als die Kosten der notwendigen Maßnahmen.

Wir werden einen Nationalen Transformationsfonds ein-

richten, der 400 Milliarden Pfund umfassen wird und wir werden die Budgetregeln ändern, um sicherzustellen, dass jeder Penny, den wir investieren, mit unseren klimapolitischen Zielsetzungen übereinstimmt. 250 Milliarden Pfund davon werden durch den Grünen Transformations-Fonds direkt in den Umbau unserer Wirtschaft fließen, um eine erneuerbare und CO₂-arme Energieversorgung und Verkehrssysteme zu schaffen, die Biodiversität zu stärken und unsere Umwelt wieder instand zu setzen.

Eine Nationale Investitionsbank, unterstützt durch ein Netzwerk regionaler Investitionsbanken wird 150 Milliarden Pfund an Krediten bereitstellen, um über einen Zeitraum von zehn Jahren Unternehmen, Infrastruktur und Innovation zu finanzieren. Ihre Kreditrichtlinien werden ebenfalls der Dekarbonisierung unserer Wirtschaft, der Hebung der Produktivität und der Schaffung guter, neuer Jobs dienen. Sie wird der Finanzierung großer nationaler und regionaler Projekte ebenso dienen wie der Vergabe von Kleinkrediten durch die neue Postbank, die in den Postdienststellen präsent sein wird. Damit werden tausende transformative Veränderungen durch Start-Ups, kleine Unternehmen, lokale Genossenschaften und Gemeinschaftsprojekte in unseren kleinen Städten und Dörfern. Wir werden dafür sorgen, dass der Finanzsektor zur Lösung des Problems beiträgt, statt das Problem zu vergrößern. Wir werden das durch eine Stärkung der Instrumente unsere Finanzinstitutionen erreichen, grüne Investitionen zu mobilisieren und die Risiken für die Stabilität des Finanzsektors durch kurzfristige, umweltverschmutzende Investitionen zu managen.

Es sind gerade einmal hundert Unternehmen weltweit, die für die Mehrheit der CO₂-Emissionen weltweit verantwortlich sind. Wir haben keine Angst davor, in die Auseinandersetzung mit den mächtigen Interessen dieser Konzerne zu treten, die den Klimawandel mitverursachen. Wir werden die Kriterien für eine Listung an der Londoner Börse ändern, um auch den verpflichtenden Beitrag zur Lösung der Klimakrise zu einer Voraussetzung zu machen.

EIN NEUAUFBAU QUER DURCHS LAND

Große Teile Großbritanniens brauchen diese Investitionen, mit oder ohne Klimawandel. Jahre der Unter-Investition und der Vernachlässigung durch Westminster haben vielen Gemeinden ein Gefühl der Machtlosigkeit gegeben und hat viele Gegenden zurückgelassen mit schlechten Jobs, niedriger

Produktivität und langsamen Wachstum. Der Klimanotstand ist die Chance, das Land darin zu vereinen, diese gemeinsame Herausforderung durch die Mobilisierung unserer nationalen Ressourcen, menschlich wie finanziell, zu lösen.

Wir werden dabei nur Erfolg haben, wenn wir sicherstellen, dass alle von den Verbesserungen profitieren. Labour wird sicherstellen, dass die Investitionen gerecht über das ganze Land verteilt werden und wir werden jeder Region und jeder Nation des Vereinigten Königreichs die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen.

Ein lokaler Transformationsfonds in jeder englischen Region wird ausschließlich für lokale Infrastrukturprojekte zur Verfügung stehen, so wie dies auch den Regionalregierungen in Schottland, Wales und Nordirland möglich sein wird. Unsere regionalen Entwicklungsbanken werden von lokalen Stakeholdern kontrolliert werden, wie z.B. den lokalen Handelskammern, Gewerkschaften und Lokalverwaltungen und wir werden den Regionalregierungen in Schottland, Wales und Nordirland die Kompetenz einräumen, ähnliche Regelungen zu schaffen. Sie werden die Prioritäten für die Kreditvergabe setzen und damit einen neuen, machtvollen Hebel für den Wiederaufbau unseres Landes schaffen.

Wir werden das politische Machtzentrum unseres Landes verlagern, indem wir den nationalen Transformationsfonds als zentralen Teil des Schatzamtes in Nordengland ansiedeln werden und in jeder der neun englischen Regionen entsprechende Regionalbüros aufbauen, um die Regierungspolitik auf regionaler Ebene zu koordinieren und eine Stimme der Regionen in der Verwaltung zu schaffen.

ENERGIEPOLITIK

Der Energieverbrauch in Wohnhäusern und Büros ist für 56% der Gesamtemissionen im Vereinigten Königreich verantwortlich und ist damit der größte Faktor der Umweltverschmutzung. Wir werden dafür sorgen, dass wir innerhalb der 2030er-Jahre die CO₂-Emissionen des Energiesektors auf Null senken und nach Möglichkeit diesen Prozess noch weiter beschleunigen. 90% der Stromerzeugung und 50% der Wärmeproduktion sollen bis 2030 aus erneuerbaren und CO₂-armen Quellen gespeist werden.

Dafür werden wir:

- 7.000 neue Windkraftwerke auf See und

- 2.000 Windkraftwerke am Festland errichten;
- Solarpaneele im Ausmaß von 22.000 Fußballfeldern bauen;
- Die für Energiesicherheit notwendigen nuklearen Kapazitäten bereithalten;
- In Forschung und Nutzung von Gezeitenkraftwerken und die Forschung für Wasserstoffproduktion investieren;

Vor allem werden wir in die thermische Sanierung aller 27 Millionen Wohneinheiten des Vereinigten Königreichs investieren, um höchste Energieeffizienz-Standards zu erreichen und die durchschnittlichen Energiekosten der Haushalte bis 2030 um 417 Pfund zu senken und Energiearmut zu beseitigen. Wir werden CO₂-neutrale Standards für alle neu errichteten Wohnhäuser vorsehen.

In der Wärmeversorgung werden wir Technologien wie Wärmepumpen und solare Warmwasseraufbereitung großflächig umsetzen und in den Ausbau lokaler Fernwärmenetze investieren, um Wärme optimal zu nutzen.

Um das Netz stabil zu halten werden wir in die Verbesserung des Netzes und die Speicherung von Energie investieren

Wir werden Fracking unverzüglich und permanent verbieten. Wir werden ArbeiterInnen im Energiesektor während des Umbaus unserer Energiewirtschaft unterstützen und ihnen gleichwertige, gewerkschaftlich organisierte Arbeitsplätze und berufliche Weiterbildung garantieren.

Wir werden eine Sondersteuer für Ölkonzerne einführen, um Unternehmen, die wissentlich unser Klima geschädigt haben, an den dadurch entstandenen Kosten zu beteiligen. Wir werden Strategien entwickeln, um die beschäftigten, die Jobs und die Kompetenzen zu schützen, die von der Öl- und Gasförderung auf See abhängen,

EIGENTUM

Wir werden unsere Versprechen einer gerechten und nachhaltigen Wirtschaft nicht einhalten können, wenn wir die Fehler der fossilen Energie-Ära wiederholen und die Aneignung natürlicher Ressourcen zur privaten Profitanhäufung zulassen, die zu einer ungerechten und naturzerstörenden Wirtschaft geführt hat, die von mächtigen Interessen einiger Weniger dominiert wird. Dabei geht es nicht nur um CO₂. Von der Dezimierung der Fischbestände bis zu den Waldbrän-

den im Amazonas-Gebiet hat sich der Profit als Regulator für die Nutzung natürlicher Ressourcen als schlechtes Instrument erwiesen. Ob es nun um die Billionen Liter Wasser geht, die durch Leitungslecks verloren gehen, die fehlende Infrastruktur für erneuerbare Energieerzeugung oder um Milliarden an Kundengeldern, die in Dividenden an reiche Aktionäre ausgezahlt werden: Die Privatisierung unserer Infrastruktur durch die Tories waren gleichermaßen ein Desaster für unser Klima, wie für unsere Geldbörsen.

Wir werden Menschen und unseren Planeten wieder Vorrang geben vor dem Profit, indem wir unsere Energie- und Wasserversorgung in demokratisches, öffentliches Eigentum bringen. In den Händen der Öffentlichkeit werden Wasser- und Energieversorgung nicht mehr als Waren, sondern als Menschenrechte behandelt werden. Überschüsse werden reinvestiert oder in Preissenkungen fließen. Dabei werden wir die Entscheidungsmöglichkeiten der KonsumentInnen und Belegschaften stärken, statt alles zentral in der öffentlichen Verwaltung zu bestimmen.

Öffentliches Eigentum wird demokratische Kontrolle über strategische Infrastruktur sicherstellen. Es wird in der Energiewirtschaft auch dazu beitragen, Labours ambitionierte Klimaziele zu erreichen. Während private Netzbetreiber es verabsäumt haben, das Netz im erforderlichen Ausmaß und entsprechender Geschwindigkeit auszubauen, werden öffentlich-kontrollierte Netzbetreiber die notwendigen Investitionen koordinieren und beschleunigen, um erneuerbare Energien nutzen zu können.

- Eine neue Nationale Energie-Agentur wird das Eigentum und die Erhaltung des nationalen Energienetzes wahrnehmen und die Umsetzung unserer CO₂-Ziele überwachen
- 14 neue Regionale Energie-Agenturen werden die bestehenden Betreiber übernehmen und Vorgaben verpflichtend einzuhalten haben, CO₂-Emissions-zu senken und Energiearmut zu bekämpfen.

Die Konservativen haben zugelassen, dass die Einnahmen aus dem Nordsee-Öls für Steuersenkungen für Reiche und private Profite verwendet wurden, statt sie in unsere Zukunft zu investieren. Wir stehen nun an einer noch entscheidenderen Weggabelung. Unter Labour wird unsere grüne Zukunft uns allen gehören. Wenn öffentliches Geld in ein Projekt der Energieerzeugung investiert wird, wird der öffentliche Sektor

entsprechende Anteile übernehmen und daraus erzielte Gewinne auch wieder öffentlichen Zwecken zuführen.

INDUSTRIE UND INNOVATION

Die Verhinderung der Klimakatastrophe bietet große wirtschaftliche Möglichkeiten. Aber Großbritannien wird nur von einer Grünen Industriellen Revolution profitieren, wenn es die richtige Politik macht.

In den letzten drei Jahrzehnten hat Großbritannien seine Emissionen ausschließlich auf Kosten der heimischen Industrieerzeugung gesenkt, in dem es die industrielle Erzeugung ins Ausland verlagert hat. Das ist ein Buchhalter-Trick, keine Lösung. Es schützt nicht das Klima, es ist unfair gegenüber anderen Ländern und es kostet Arbeitsplätze und schadet lokalen Gemeinschaften.

Labour wird die volle Verantwortung für unseren ökologischen Fußabdruck übernehmen, statt ihn in anderen Ländern zu verstecken. Wir werden von der Klimawandel-Kommission auch die durch Importe verursachten Emissionen erfassen lassen und Antworten dafür entwickeln, wie wir Großbritanniens Industrie zur grünsten weltweit machen.

Die Konservativen haben ein Jahrzehnt verlorener Produktivität und ein Zurückfallen des Landes in den grünen Zukunftstechnologien zugelassen. Labour wird dafür sorgen, dass das nie wieder passiert. Wissenschaft, Forschung und Innovation werden entscheidend sein, um die Klimakrise zu entschärfen, das Problem des Plastikmülls in den Ozeanen zu lösen und andere soziale Herausforderungen wie eine alternende Gesellschaft und die Resistenz gegen Antibiotika zu lösen.

Als Teil unseres Plans, eine Grüne Industrielle Revolution zu starten, wird Labour Großbritannien zu einer Innovations-Nation machen und das Ziel setzen, bis 2030 3% des BIP in Forschung&Entwicklung (F&E) zu investieren. Wir werden das Ziel erreichen, indem wir die öffentlichen Ausgaben für F&D erhöhen, aber auch indem wir die Anreize für Privatinvestitionen erhöhen. Wir werden eine Stiftung für einen Industriellen Branchen-Rat aufbauen, um eine saubere und langfristige Zukunft für unsere Schwerindustrie, wie z.B. die Glas- und Stahlindustrie zu entwickeln und F&E in neuere Technologien wie Wasserstoff und CO₂-Lagerung zu stärken.

Eine zukunftsfähige Stahlindustrie ist wichtig für die Grü-

ne Industrielle Revolution. Labour wird die Stahlindustrie durch öffentliche Aufträge, Investitionen in F&E, die Errichtung dreier neuer Recycling-Anlagen und die Modernisierung bestehender Anlagen, Maßnahmen bei den Energiepreisen und der Bereitstellung neuen Kapitals stärken. Wir werden sicherstellen, dass neue Technologien nicht nur hier entwickelt werden, sondern auch geplant, gebaut und von hier exportiert werden. Wir werden britische Innovation ins Zentrum öffentlicher Aufträge stellen, damit jede Investition dazu beiträgt, unseren erzeugenden Sektor und unsere Lieferketten zu stärken und damit hunderttausende neue, gute, gewerkschaftlich organisierte Arbeitsplätze zu schaffen. Öffentliche Auftragsvergaben werden dazu dienen, Jobs vor Ort zu sichern und werden wir von allen Bietern verlangen, Gewerkschaften anzuerkennen, Lieferanten pünktlich zu zahlen und Diskriminierung am Arbeitsplatz zu beseitigen.

In der Phase des Umbaus werden wir sicherstellen, dass der automatische Sektor nicht vergessen wird, indem wir in die E-Revolution investieren, neue Erzeugungseinheiten und Metall-Aufbereitungsanlagen schaffen. Indem wir die Erzeugung von Stahl in elektrischen Hochöfen in Großbritannien unterstützen, schaffen wir die Voraussetzungen für inner-britische Lieferketten. Wir werden aber auch die globale Plastik-Krise durch Investitionen in Wiederaufbereitungsanlagen entschärfen und gleichzeitig tausende neue Jobs schaffen. Damit werden wir die Exporte von Plastikmüll beenden und unseren Anteil an der Verschmutzung der Weltmeere reduzieren.

Labours fortschrittliche Handelsstrategie wird Hand in Hand mit unserer Industriepolitik gehen, die die Grundlagen für die benötigten hochqualitativen Exportgüter schafft.

Labour wird den Export von Umweltschutz-Produkten priorisieren und die 300.000 Arbeitsplätze dieses Sektors weiter ausbauen. Höchste Umwelt- und Sozialstandards werden die Grundlagen unserer Handelsbeziehungen sein. Die Absenkung von Standards ist für uns kein möglicher Weg zur Beseitigung von „Handelshemmnissen“.

KOMPETENZEN

Unsere Grüne industrielle Revolution wird zumindest eine Million gut bezahlter, gewerkschaftlich organisierter Jobs im Vereinigten Königreich schaffen. Wir werden in die notwendigen Ausbildungen investieren, die ArbeitnehmerInnen dafür benötigen. Unter den Tories hat sich die Ausbildungs-

krise zugespitzt, gerade für kleinere Unternehmen. Wir können es uns nicht leisten, so weiter zu machen.

Labour wird es Arbeitgebern leichter machen, Gelder aus dem Ausbildungsfonds abzurufen, indem es das Angebot möglicher Bildungsangebote erweitert. Wir werden insbesondere die Mittel erhöhen, um den Unternehmen den Zugang zu den benötigten Kompetenzen im Bereich des Klimaschutzes zu erleichtern und die Führung in sauberen Technologien zu ermöglichen. 25% der in Anspruch genommenen Fördermittel sollen dafür verwendet werden, wobei die Mittel für eigene Ausgaben, aber auch für gemeinsame Netzwerke mehrerer Unternehmen genutzt werden kann.

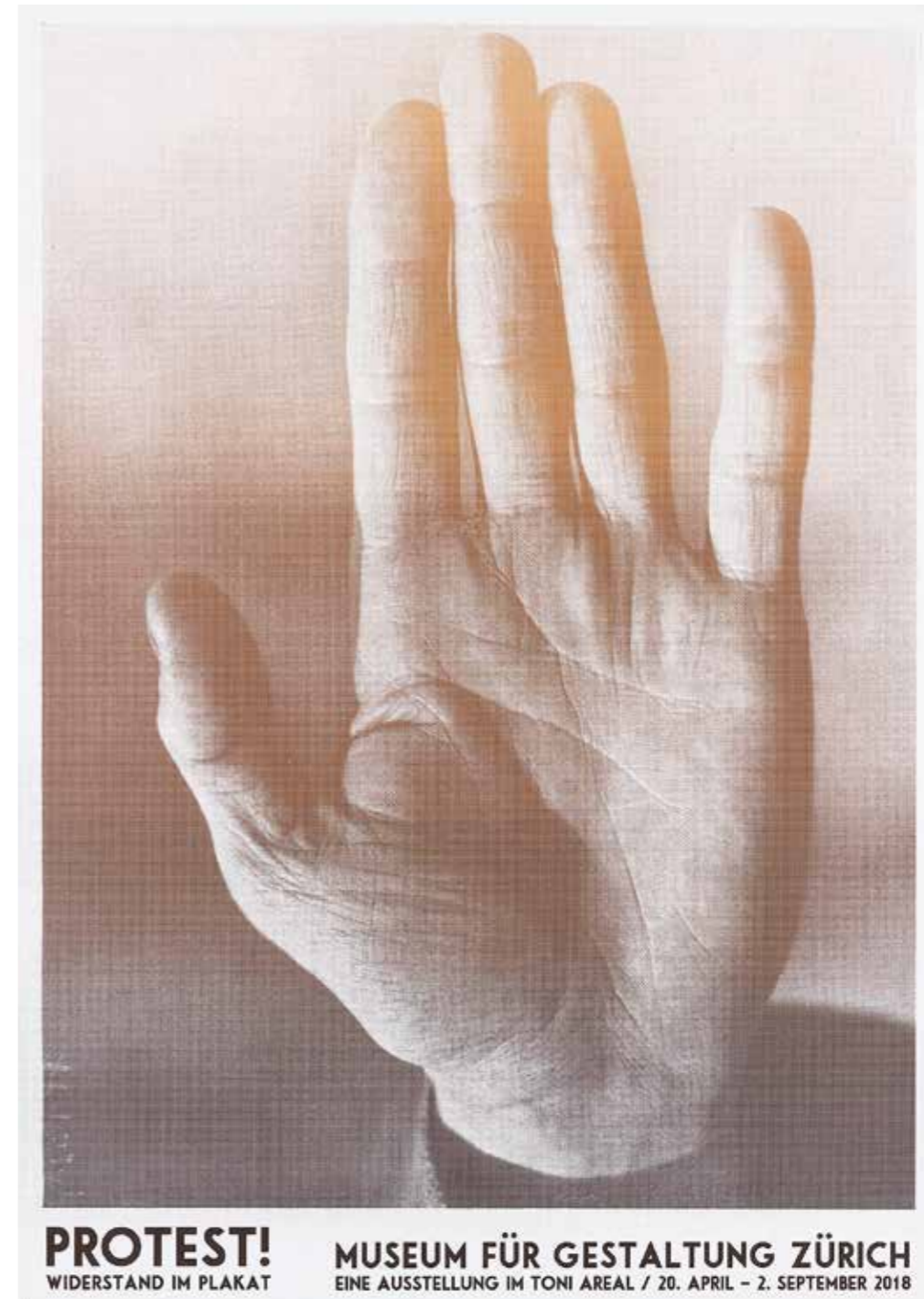


LABOURS PROGRAMM

für eine „Grüne Industrielle Revolution“ war Teil des Wahlprogramms für die Unterhauswahlen am 12. Dezember 2019.

100 BESTE PLAKATE 18. DEUTSCHLAND ÖSTERREICH SCHWEIZ

MAK



Grafik: Eric Andersen

Protest! Widerstand im Plakat

Auftraggeber: Museum für Gestaltung Zürich

Druck: Serigraphie Uldry AG

Drucktechnik: Siebdruck

Schweiz

© Eric Andersen/100 Beste Plakate e. V.

Die blinden Flecken der CO2-Steuer

Die politischen Kämpfe um die CO2-Steuer verstellen für AK-Steuer-Experten **Dominik Bernhofer** den Blick auf die wesentlichen Fragen. Bei der Bekämpfung der Klimakrise geht es nicht vorrangig um die Höhe des Steuersatzes einer CO2-Steuer, sondern um die notwendigen Anpassungsinvestitionen in ökologische Alternativen – öffentlich wie privat. Im Rahmen eines umfassenden Maßnahmenpakets wird man sich auch mit einer gezielten CO2-Bepreisung beschäftigen müssen. Wegen der verteilungspolitischen Probleme ist es aber fraglich, ob die CO2-Steuer hier die optimale Lösung darstellt. Effizienter erscheinen zielgerichtete Bepreisungsmaßnahmen wie ein Öffi-Bonus für PendlerInnen. Die Anreizeffekte können mit einer CO2-Steuer mithalten, die sozialen Verwerfungen aber sind gleich Null.

In der politischen Debatte tut man so, als wäre die CO2-Steuer etwas völlig Neues. Tatsächlich gibt es aber bereits eine CO2-Besteuerung in Österreich, nur eben keine explizite. Ein klassisches Beispiel ist die Mineralölsteuer. Sie wird in Euro pro Liter bemessen, besteuert den CO2-Ausstoß beim Verbrennen von Diesel aber genauso wie eine explizite CO2-Steuer. Andere Beispiele für implizite CO2-Steuern sind die Energieabgaben, die „Autosteuern“ oder die neuen Flottenziele der EU¹. Man kann darüber diskutieren, ob diese impliziten CO2-Steuern ineffizient oder zu niedrig sind, aber man sollte nicht so tun, als wären sie inexistent. Problematisch ist auch, dass es in der politischen Debatte immer um die CO2-Steuer geht, so als gäbe es nur eine einzige. Tatsächlich aber gibt es unzählige Modelle einer expliziten CO2-Besteuerung. Die wichtigste Unterscheidung ist jene zwischen einem Handelssystem (wie dem Emissions Trading System, ETS, für Energiewirtschaft und Schwerindustrie auf EU-Ebene) und einer CO2-Steuer im engeren Sinn, um die es in diesem Artikel hauptsächlich gehen wird. Zur besseren Veranschaulichung werden hier drei prototypische Varianten einer solchen CO2-Steuer herausgegriffen, die gut aufzeigen, wie wichtig eine genaue Unterscheidung ist.

Abb 1: Verschiedene Modelle einer CO2-Steuer

Land	Steuersatz pro t CO2	Anwendungsbereich	Ausnahmen	Mittelverwendung
UK (seit 2013)	20 €	Fossile Brennstoffe für Stromproduktion (zusätzlich zum ETS)	Stützungsmaßnahmen für energieintensive Industriebetriebe	Förderung erneuerbarer Energieträger
Schweiz (seit 2008)	86 €	Fossile Brennstoffe für Wärmegewinnung & Stromproduktion, befreit Diesel & Benzin (zusätzlich zu den Energiesteuern)	Befreiung für vom ETS betroffene UN, mögliche Rückerstattung für andere UN	2/3 Rückerstattung an Haushalte und Unternehmen 1/3 Förderung Wärmedämmung
Schweden (seit 1991)	114 €	Fossile Brennstoffe (zusätzlich zu den Energiesteuern)	Befreiung für vom ETS betroffene UN	Allgemeines Budget

Quelle: Wissenschaftlicher Dienst dt Bundestag (2018)^{II}, Schwedische Regierung^{III}. Umrechnung Steuersätze zum aktuellen Wechselkurs.

Zentral für das Verständnis der dargestellten Steuern ist der Anwendungsbereich. Viele Menschen glauben die CO2-Steuer bringt eine Besteuerung aller Güter und Dienstleistungen gemäß ihrem CO2-Gehalt (Stichwort chilenische Avocado). Eine derart umfassende CO2-Bepreisung ist aber schon aus rein administrativen Gründen nicht machbar. Tatsächlich wird es wenn dann eine höhere Besteuerung von Heiz- und Treibstoffen^{IV} geben. Das zeigen auch die internationalen Beispiele. Während die Briten (ergänzend zum ETS) die Stromproduktion mit fossilen Energieträgern besteuern, besteuern Schweiz und Schweden eher die VerbraucherInnen über eine Besteuerung der Heiz- und Treibstoffe. In der Schweiz ist die CO2-Steuer eine reine Steuer auf Heizstoffe (insb Erdgas und Erdöl), in Schweden defacto eine Steuer auf Treibstoffe (weil die schwedische Wärmeversorgung zu praktisch 100% über Fernwärme und Wärmepumpen und damit CO2-frei erfolgt). Auch bei der Mittelverwendung unterscheiden sich die Modelle. Bei den Schweden fließt die Steuer ins allgemeine Budget, bei den Briten werden erneuerbare Energieträger gefördert, bei den Schweizern ein Teil als Ökobonus (Gutschrift durch Krankenversicherung) rückerstattet. Das in Österreich (mehrheitlich) präferierte Modell dürfte eine Mischung aus Schweden und Schweiz sein: also eine höhere Besteuerung der Heiz- und Treibstoffe (wobei Energiewirtschaft und Industrie wohl ausgenommen werden) samt Rückerstattung der Einnahmen über einen Ökobonus bzw eine Senkung der Lohnnebenkosten.

LENKUNGSEFFEKTE POSITIV, ABER UNKLAR

Die wissenschaftliche Diskussion über die Lenkungseffekte einer CO2-Steuer auf Heiz- und Treibstoffe erfolgt in einer simplizistischen Lehrbuch-Ökonomie, in der der Kapitalstock konstant ist und die AkteurInnen nur auf die Preise reagieren. In dieser Modellwelt reicht es den CO2-Preis zu erhöhen, schon sinken die Emissionen. In der realen Welt sind aber (die in den Modellen vernachlässigten) Investitionen entscheidend für die Lenkungswirkung. Denn ohne Investitionen keine Alternativen, und ohne Alternativen keine Lenkungseffekte. Die Lenkungswirkung einer CO2-Steuer kommt ja nicht davon, dass die Familien plötzlich aufhören das Kinderzimmer zu heizen, sondern davon, dass sie ein neues, CO2-effizienteres Heizsystem einbauen. Die Lenkungswirkung kommt auch nicht davon, dass die PendlerInnen das Auto auf halber Strecke stehen lassen, sondern davon, dass sie sich entscheiden künftig mit dem Öffentlichen Verkehr (öV) zu pendeln, usw. Die Wissenschaft schummelt sich um diese Fragen gerne her-

um, weswegen wir über die Lenkungseffekte einer CO2-Steuer wenig Genaues sagen können. Die wichtigste Studie für Österreich Kirchner et al 2018^V spricht das Problem auch explizit an: „The impact of CO2 tax rates is quite small compared to these driving forces [langfristiger Trend Energieeffizienz, Anm.], as we only consider short-term price elasticities and do not model the impacts of CO2 tax rates on investment decisions.“ (Kirchner et al 2018 S. 34) Übersetzt heißt das: In Wahrheit wissen wir über die Lenkungseffekte der CO2-Steuer nur sehr wenig. Dazu kommt, dass auch die allokativen Anpassungen einer CO2-Steuer letztlich kleiner sind als weithin angenommen. Das wIFO-Maximalszenario von Kirchner et al mit 315 € / Tonne CO2 exklusive Umsatzsteuer^{VI} – was der höchsten CO2-Besteuerung in der EU entspräche – bringt CO2-Einsparungen von rund 10%. Zur Erreichung der Klimaziele sind aber 36% notwendig^{VII}.

NEGATIVE VERTEILUNGSEFFEKTE LASSEN SICH NICHT (VOLLSTÄNDIG) BESEITIGEN

Politisch entscheidend sind die Verteilungseffekte. Das Gelbwesten-Desaster von Macron hat hier tiefe Spuren hinterlassen. Und so bemühen sich die BefürworterInnen der CO2-Steuer stets die soziale Ausgewogenheit der Maßnahme zu betonen. Auch hier dominiert die statische Lehrbuch-Perspektive. Man betrachtet die Verteilungseffekte für einen gegebenen CO2-Ausstoß. Entscheidend ist der sogenannte Ökobonus, eine (teilweise) Rückerstattung der Steuereinnahmen an die Bevölkerung. Wie jede Verbrauchssteuer wirkt die CO2-Steuer an sich regressiv. Kleine und mittlere Einkommen werden relativ stärker belastet, weil sie einen größeren Teil ihres Einkommens für den Konsum aufwenden. Der Ökobonus soll das ausgleichen und damit sicherstellen, dass die CO2-Steuer nicht nur ökologisch wirksam, sondern auch sozial gerecht ist. Und tatsächlich zeigen Studien, dass bei maximal umverteilender Ausgestaltung (100%ige Rückerstattung mittels Kopfpauschale) die unteren Einkommensschichten im Durchschnitt sogar profitieren können. Das Zauberwort heißt „im Durchschnitt“, denn tatsächlich gibt es auch viele Gering- und MittelverdienerInnen, die zB als PendlerInnen, einen überproportionalen CO2-Ausstoß verursachen und damit trotz Ökobonus verlieren würden. Der Budgetdienst hat die verteilungspolitischen Effekte des oben dargestellte wIFO-Maximalszenarios berechnet und gezeigt, dass etwa 1/3 der Gering- und MittelverdienerInnen durch eine CO2-Steuer jedenfalls verlieren würden – Ökobonus hin oder her^{VIII}. Eine Rückerstattung der Steuereinnahmen über eine Senkung der

Lohn- und Einkommensteuer hätte noch deutlich negativere Verteilungseffekte, weil BesserverdienerInnen davon überproportional profitieren^x.

Besonders deutlich wird die verteilungspolitische Misere bei einer dynamischen Betrachtung, also unter Berücksichtigung der notwendigen Anpassungsinvestitionen. Es ist relativ klar, dass die BesserverdienerInnen die notwendigen Anpassungsinvestitionen einfacher und schneller finanzieren können als die Gering- und MittelverdienerInnen. Ein gutes Beispiel ist das E-Auto, das oft als Alternative zum Verbrennungsmotor genannt wird. Das Problem hier sind nicht die laufenden Kosten (Tanken, „Autosteuern“, Reparaturen usw), die sind jetzt schon niedriger als beim Verbrenner. Das Problem ist der höhere Kaufpreis, der für kleine und mittlere Einkommen das Auto weniger leicht erschwinglich macht. Banken und Autoverkäufer bieten zwar Finanzierungsmodelle an, aber auch dazu haben nicht alle einen Zugang. Mit anderen Worten, die BesserverdienerInnen, die in der statischen Betrachtung die Verlierer der CO₂-Steuer sind, können schnell zu den Gewinnern werden. Das Problem verstärkt sich, wenn dann der Ökobonus wegen der ersten Lenkungseffekte (und damit sinkender Steuereinnahmen) reduziert werden muss. Wesentliche Teile der Klein- und MittelverdienerInnen fallen dann noch weiter zurück, weil sie die notwendigen Anpassungsinvestitionen noch nicht getätigt haben. Diese verteilungspolitischen Probleme sind nicht neu. Viele ÖkonomInnen, darunter Prof. Tom Krebs aus Deutschland, haben mehrfach darauf hingewiesen, dass sich BesserverdienerInnen einfacher an die CO₂-Steuer anpassen können als kleine Einkommen^x.

In der politischen Debatte dominiert der Verkehr („Waldviertler Pendler“), bei der Raumwärme sind die Probleme aber noch größer, weil die implizite Besteuerung von Heizstoffen deutlich geringer ist als die der Treibstoffe (zB ~30 € pro Tonne CO₂ für Erdgas vs ~160 € für Diesel^x). Die Heizstoffe wären damit relativ stärker von einer CO₂-Steuer betroffen. Dazu kommt, dass fast 50% der Haushalte zur Miete wohnen, vor allem jene mit kleinen und mittleren Einkommen, und damit keine Entscheidungsfreiheit über das Heizsystem, die Wärmedämmung usw haben.

Die negativen dynamischen Verteilungseffekte könnten abgefedert werden, wenn die Einnahmen aus der CO₂-Steuer in die Unterstützung der Anpassungsinvestitionen investiert werden, zB in Boni für günstigere Öffis oder energiesparende Investitionen im Haushalt^{xii}. Dann aber fehlt das Geld für den Ökobonus

und die statische Verteilungswirkung verschlechtert sich. Die BefürworterInnen der CO₂-Steuer stecken in einem Dilemma: egal wie sie die Mittel verwenden, die sozialen Verwerfungen lassen sich bestenfalls abmildern, keinesfalls aber beseitigen.

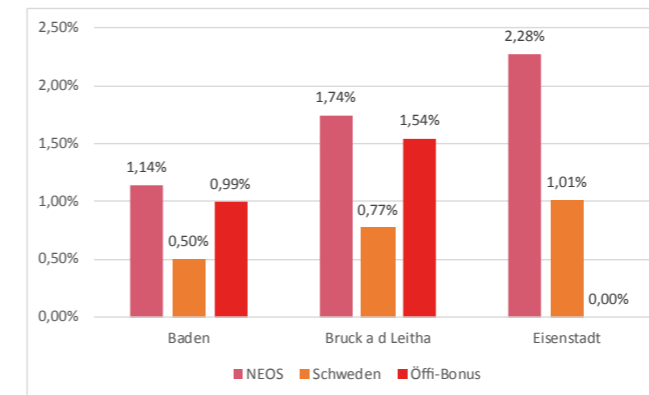
IST EINE CO2-STEUER WIRTSCHAFTSFEINDLICH?

Entgegen der landläufigen Meinung dürfte eine nationale CO₂-Steuer für Heiz- und Treibstoffe keine große Gefahr für den Wirtschaftsstandort sein. Im Gegenteil, die Gefahr ist eher, dass die Unternehmen – anders als die KonsumentInnen – von der Steuer weitgehend ausgenommen sind.

Energiewirtschaft und Industrie, auf die rund 50% der CO₂-Emissionen entfallen^{xiii}, profitieren schon jetzt von diversen Befreiungen im Rahmen der Energieabgaben (zB für Gasverstromung oder die nicht-energetische Verwendung von Energie). Dazu kommt noch die sogenannte Energieabgabenvergütung, eine Fördermaßnahme, mit der die von der Industrie gezahlten Energieabgaben defacto mit den EU-weiten Mindeststeuersätzen gedeckelt werden. Je energieintensiver der Betrieb, desto höher die Förderung. Der EU-weite Emissionshandel ist nur ein schwacher Ausgleich. Einerseits, weil der CO₂-Preis mit rund 25 € relativ niedrig ist^{xiv}. Andererseits, weil die Schwerindustrie über die Gratiszuteilungen rund 90% ihrer Emissionen überhaupt gratis erhält. Die BefürworterInnen einer nationalen CO₂-Steuer sagen mehr oder weniger offen, dass sie diese Begünstigungen nicht angreifen wollen, womit Energiewirtschaft und (Schwer)Industrie von einer CO₂-Steuer nicht betroffen sein dürften^{xv}.

Nennenswerte Mehrbelastungen wird es nur im Dienstleistungssektor geben, und dort vor allem im Verkehrsbereich (Frächter, Busunternehmen, etc). Verstärkt werden diese sektoralen Verschiebungen durch die Rückerstattung der Steuereinnahmen über eine Senkung der Lohnnebenkosten, die von den meisten BefürworterInnen empfohlen wird. Abgesehen von den sozialpolitischen Problemen hat eine solche Rückerstattung defacto zur Folge, dass der Dienstleistungssektor der Industrie eine Senkung der Lohnnebenkosten finanziert. Ob sich dieser Ansatz politisch durchsetzen wird, bleibt abzuwarten. Ein ökologisch unschöner Nebenaspekt ist jedenfalls, dass auch der öffentliche Nahverkehr (insb mit Bussen) teurer wird. Natürlich könnte man den Nahverkehr stärker subventionieren, dann aber fehlt wieder das Geld für die Lohnnebenkostensenkung. Siehe Rückerstattungsdilemma von oben.

Abb 2: Zusätzlicher Einkommenszuwachs für PendlerInnen bei Umstieg von Dieselauto auf ÖV (in % des Jahresnettoeinkommens)




Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis NEOS „3+ Strategie“, Taxes in Europa Database^{xvi}. Annahmen: 220 Arbeitstage, Verbrauch 7 Liter pro Kilometer. Jahresbruttoeinkommen: 49.000 € (Grenzsteuersatz 42%). Einfache Wegstrecken nach Wien jeweils: Baden: 32 km (ÖV zumutbar), Bruck a d Leitha: 49 km (ÖV zumutbar), Eisenstadt 64 km (ÖV nicht zumutbar). „Normale“ Pendlerpauschale und Autofixkosten bleiben außer Ansatz (Grenzkostenbetrachtung).

KONKRETE MODELLE SIND MANGELWARE

Die Wahrheit ist immer konkret. Am besten beurteilen lässt sich eine CO₂-Steuer anhand von konkreten Modellen, die (quantitativ) beurteilbar sind. Leider herrscht hier Mangelware. Von allen österreichischen Parteien sind die NEOS die einzige Partei, die ein konkretes Modell für eine nationale CO₂-Steuer vorgestellt hat. Das Modell sieht einen Steuersatz von 350 € / Tonne CO₂ für Treibstoffe vor^{xvii}. Im Gegenzug werden die Mineralölsteuer, die darauf erhobene Umsatzsteuer, die motorbezogene Versicherungssteuer und die NOVA gestrichen. Verglichen wird das Modell mit der in der politischen Debatte populären schwedischen CO₂-Steuer (vgl Abb 1) und einem von einigen Parteien und auch der AK unterstützten Öffi-Bonus für PendlerInnen. Dieser Öffi-Bonus sieht vor, dass die PendlerInnen mit zumutbarem Öffi, die eine tatsächliche Öffi-Nutzung (zB durch Vorlage der Jahreskarte im Rahmen der Arbeitnehmerveranlagung) vorweisen können, künftig das große Pendlerpauschale anstelle des kleinen bekommen sollen. Damit haben sie einen größeren Anreiz zumutbare Öffis auch zu nutzen. Sinnvollerweise sollte die Ökologisierung des

Pendlerpauschales im Rahmen einer Gesamtreform erfolgen, mit der das Pendlerpauschale nicht nur ökologischer, sondern auch einfacher und gerechter wird, zB durch einen kilometerabhängigen Absetzbetrag. Aber das ist hier von nachrangiger Bedeutung. Mit einigen einfachen Annahmen kann berechnet werden, welchen zusätzlichen finanziellen Anreiz die Modelle für einen Umstieg auf den ÖV setzen. Zusätzlich deshalb, weil schon im Status Quo das Pendeln mit dem ÖV billiger ist als mit dem Auto. Dargestellt wird also nur der zusätzliche Anreiz infolge der Bepreisungsmaßnahmen. Abb 2 zeigt den aus den Steuermodellen resultierenden zusätzlichen Einkommensgewinn für einen Durchschnittspendler für drei typische Pendlergemeinden, wenn er vom Dieselauto auf den ÖV umsteigt. Insgesamt setzt das Modell der NEOS den größten Anreiz zum Umstieg. Abgeschwächt wird dieser Anreiz durch die steuerliche Entlastung des Autobesitzes (motorbezogene Versicherungssteuer, NOVA). Für die allermeisten AutofahrerInnen, vor allem für jene mit einem schweren KfZ, übersteigen die „Autosteuern“ die höheren Treibstoffkosten durch die CO₂-Steuer. Für sie wird das Autofahren also günstiger als bisher. Im Rechenbeispiel bleibt die Rückerstattung aber außer Ansatz, weil nur der finanzielle Anreiz beim Umstieg auf den ÖV betrachtet wird, die Abschaffung der „Autosteuern“ aber unabhängig von einer Verhaltensänderung greift. Platz 2 geht an den Öffi-Bonus, Platz 3 an die schwedische CO₂-Steuer. Entscheidend ist der hohe Steuersatz im NEOS-Modell. Entscheidend ist der hohe Steuersatz im NEOS-Modell. Mit plus 38 Cent pro Liter bringt die CO₂-Steuer der NEOS praktisch eine Verdoppelung der derzeit gültigen Mineralölsteuer. Bei der schwedischen CO₂-Steuer (unter Berücksichtigung der jeweils gültigen Energiesteuern) beträgt das Plus nur knapp 14 Cent^{xviii}. Abb 2 zeigt, dass der finanzielle Anreiz des Öffi-Bonus fast an das NEOS-Modell herankommt. Klarerweise nur dort, wo ein zumutbares Öffi gegeben ist. Für die Strecke Eisenstadt-Wien kann es keinen Öffi-Bonus geben, weil der ÖV nicht zumutbar ist, also das große Pendlerpauschale sowieso zusteht. Während die Lenkungsanreize beim Öffi-Bonus ähnlich hoch sind wie im NEOS-Modell, sind die sozialen Verwerfungen natürlich deutlich geringer. Das deshalb, weil der Öffi-Bonus nur bei Gruppen mit Alternativen (PendlerInnen mit zumutbarem ÖV) ansetzt, während die CO₂-Steuer der NEOS undifferenziert alle AutofahrerInnen und PendlerInnen trifft. Aus politischer Sicht ist diese Kosten-Nutzen-Rechnung entscheidend. Eine höhere CO₂-Besteuerung wird nur dann durchsetzbar sein, wenn sie neben maximalen Lenkungseffekten minimale Verwerfungen bringt.

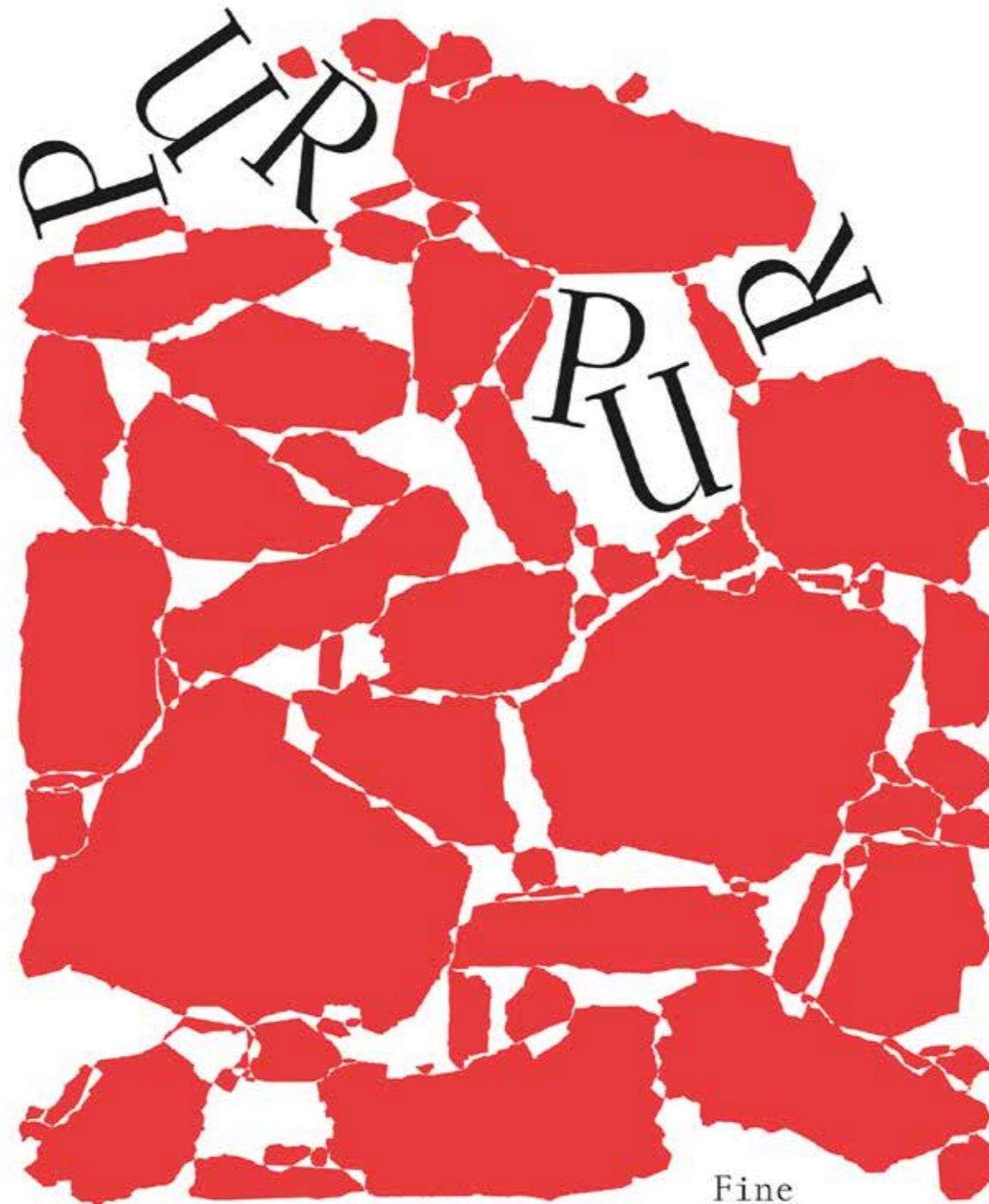
KLIMAPOLITISCHE DEBATTE BRAUCHT NEUEN FOKUS

Die politischen Kämpfe um die „CO₂-Steuer“ oder die „Ökosoziale Steuerreform“ verstellen den Blick auf die wesentlichen Fragen. Bei der Bekämpfung der Klimakrise geht es nicht vorrangig um die Höhe des Steuersatzes einer CO₂-Steuer, das Volumen einer Ökosozialen Steuerreform oder wie diese Steuereinnahmen verwendet werden. Es geht darum Problembereiche zu definieren und zielgerichtete Lösungen zu entwickeln. Die Studie des Budgetdienstes zeigt bspw., dass ein wesentlicher Teil der Haushalte mit überproportionalem CO₂-Ausstoß (alleinstehende) PensionistInnen sind, die in zu großen Häusern wohnen, die falsch geheizt und schlecht isoliert sind. Glauben wir, dass eine CO₂-Steuer dazu führt, dass sie die notwendigen Anpassungsinvestitionen vornehmen? Wenn nicht, welche Maßnahmen sind dann notwendig? Darum müsste es gehen. Wir brauchen einen neuen Fokus in der Debatte. Wie bringen wir den Güterverkehr auf die Schiene? Wie bringen wir die PendlerInnen in die Öffis? Wie schaffen wir den Ausstieg aus den 600.000 Ölheizungen, die in Österreich immer noch in Betrieb sind? Wie kann die Landwirtschaft mit weniger energieintensivem Kunstdünger funktionieren? Wie geht Stahlproduktion ohne Koks? Usw. Überall wird es darum gehen, wie die Politik die notwendigen Anpassungsinvestitionen vorantreiben kann – öffentlich wie privat. Im Rahmen eines umfassenden Maßnahmenpakets wird man auch über eine gezielte CO₂-Bepreisung nachdenken müssen. Wegen der verteilungspolitischen Probleme ist es fraglich, ob die CO₂-Steuer hier die optimale Lösung darstellt. Effizienter erscheinen zielgerichtete Bepreisungsmaßnahmen wie ein Öffi-Bonus für PendlerInnen. Die Anreizeffekte können mit einer CO₂-Steuer mithalten, die sozialen Verwerfungen aber sind gleich Null. 

DOMINIK BERNHOFER

ist Ökonom und Leiter der Abteilung Steuerrecht in der AK Wien.
Der Beitrag erschien auch im Arbeit&Wirtschaft-Blog
unter www.awblog.at

- I Die „Autosteuern“ (NOVA, motorbezogene Versicherungssteuer) und die EU-Flottenziele (verbindliche Vorgaben für die zulässigen CO₂-Emissionen von Neuwagen) betreffen zwar nicht die Grenzkosten, sehr wohl aber die Durchschnittskosten der Autonutzung.
- II Wissenschaftliche Dienste deutscher Bundestag (2018) Die CO₂-Abgabe in der Schweiz, Frankreich und Großbritannien. Mögliche Modelle einer CO₂-Abgabe für Deutschland, Sachstand – WD 8 – 3000 – 027/18, 12. April 2018.
- III <https://www.government.se/government-policy/taxes-and-tariffs/swedens-carbon-tax/>
- IV Im Wesentlichen also Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas.
- V Kirchner, Mathias, Sommer, Mark, Kettner-Marx, Claudia, Kletzan-Slamanig, Daniela, Köberl, Katharian, Kratena, Kurt (2018) CO₂ Tax Scenarios for Austria. Impacts on Household Income Groups, CO₂ Emissions, and the Economy; WIFO Working Papers No. 558.
- VI Dieser WIFO-Vorschlag sieht eine reine CO₂-Steuer anstelle von Mineralölsteuer und Energieabgaben vor. Rein rechtlich wäre das so nicht umsetzbar, weil die Energiesteuerrichtlinie Mindeststeuersätze pro Liter Diesel, Benzin usw vorschreibt. Eine CO₂-Steuer wäre also nur zusätzlich zu diesen Mindestsätzen möglich (zB Schweden).
- V Die Zahlen beziehen sich jeweils auf die Emissionen, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind.
- VI Budgetdienst (2019) Verteilung einer CO₂-Steuer auf Haushaltsebene. Anfragebeantwortung (Abg Bruno Rossmann, JETZT), 30. August 2019.
- IX In etwas abgeschwächter Form gilt diese Kritik auch für eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge. Auch hier steigt die Entlastung mit dem Einkommen, zumindest bis zur Höchstbeitragsgrundlage. Das größte Problem einer solchen Rückerstattung wäre aber ein sozialpolitisches, vor allem in der Kranken- und Unfallversicherung, wo es keine automatische Abgangsdeckung gibt. Siehe dazu ua den Beitrag von Burger, Florian und Mühlböck, Vanessa am A&W-Blog: <https://awblog.at/senkung-krankenversicherungsbeitraege/>.
- X „Klimaschutz per Vermögenssteuer“, Gastbeitrag von Tom Krebs in „Die Zeit“, 28.08.2019
- XI Jeweils exklusive Umsatzsteuer.
- XII Für diesen Ansatz siehe zB Köppl, Angela, Schleicher, Stefan, Schratzenstaller Margit (2019) Fragen und Fakten zur Bepreisung von Treibhausgasemissionen; WIFO Policy Brief, November 2019
- XIII Wichtig: die Emissionen der Energiewirtschaft sind nicht 1:1 der Industrie zuzurechnen, weil die Energiewirtschaft auch an Haushalte und Dienstleister liefert.
- XIV <https://www.eex.com/de/marktdaten/umweltprodukte/spotmarkt/european-emission-allowances>, abgefragt am 19.11.2019.
- XV Vgl zB Prof.in Sigrid Stagl (WU), die die Industrie von der CO₂-Steuer ausnehmen will, weil sie ohnedies dem Emissionshandel unterliegt.
<https://www.profil.at/wirtschaft/warum-wir-die-co2-steuer-brauchen-10914981>
Auch die Simulationen des WIFO (Kirchner et al, 2018) klammern Energiewirtschaft und Schwerindustrie von einer höheren CO₂-Bepreisung aus.
https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=60975&mimetype=application/pdf
Im Modell der NEOS soll die Industrie erst ab 2030 von einer EU-weiten (!) CO₂-Steuer erfasst werden, wo in „strategischen Branchen der Industrie“ reduzierte Steuersätze gelten.
https://www.neos.eu/_Resources/Persistent/bd14fdd1e1334f64360093d852bb8dfbb6958ca6/CO2-KONZEPT.pdf
- XVI http://ec.europa.eu/taxation_customs/tedb/splSearchForm.html, abgefragt am 19.11.2019
- XVII NEOS „3+ Strategie“
https://parlament.neos.eu/_Resources/Persistent/obcabd607cce3c3488367be7d7f88d798e0e3cb1/20190820_PK-Unterlage%20CO2%20Steuer.pdf
Auch dieser Vorschlag ist mit der Energiesteuerrichtlinie in ihrer aktuellen Fassung nicht kompatibel, weil er die Mindestbesteuerung pro Liter Benzin und Diesel nicht gewährleistet.
- XVII AT: Mineralölsteuer plus 20% = 47,4 Cent pro Liter Diesel
SE: Mineralölsteuer plus CO₂-Steuer plus 25% Umsatzsteuer = 61,5 Cent pro Liter Diesel
- http://ec.europa.eu/taxation_customs/tedb/taxDetails.html?id=4109/1561932000#Rates_StructureTitle1, abgefragt am 19.11.2019.



Atelier: Studio Es
Grafik: Verena Panholzer (Art Direction), Paul Katterl (Design)
Carina Stella (Design) unter Verwendung einer Illustration von
Bráulio Amado
Fine / Medium / Coarse
PURPUR, Austrian Alpine Salt
Auftraggeber: PURPUR Salt
Druck: PerfectCut.at
Drucktechnik: Digitaldruck
Österreich
© Studio ES/100 Beste Plakate e. V.

PURPUR Austrian Alpine Salt
Margaretenstraße 6, 1040 Vienna, Austria

Opening Hours
Mon-Sat 13h00-19h00

Three degrees of grinding
Fine, Medium, Coarse

Enquiries and information
office@purpursalt.com

Aufbruch für Deutschland und Europa

Überraschend erhielten Ende November **Norbert Walter-Borjans** und **Saskia Esken** in einer Mitgliederbefragung die Mehrheit und wurden am Budnesparteitag an die Spitze der SPD gewählt. Ihre Wahl wurde als Signal für einen politischen Kurswechsel und einen nachhaltigen Bruch mit der Agenda-Politik Gerhard Schröders gewertet, in deren Tradition das alternative KandidatInnen-Duo mit Finanzminister Olaf Scholz stand. Im nachstehenden Beitrag skizzieren Walter-Borjans und Esken ihr sozialdemokratisches Fortschrittsprogramm für Arbeit, Wirtschaft und Umwelt.

Deutschland und Europa befinden sich in einer Zeitenwende. Die Digitalisierung unseres Lebens, Arbeitens und Wirtschaftens schreitet immer schneller voran. Die Volkswirtschaften Deutschlands und Europas erwartet damit nicht weniger als eine doppelte industrielle Revolution: eine digitale und ökologische.

Neben einer anhaltenden und in Teilen wachsenden sozialen Spaltung und Unsicherheit bietet der bevorstehende Wandel auch enorme Chancen: für neuen Wohlstand, für mehr Lebensqualität und mehr Verteilungsgerechtigkeit – vorausgesetzt Staat und Gesellschaft schreiten jetzt zur Tat.

Das ist die Stunde der Sozialdemokratie! Wir wollen aus Wandel Fortschritt machen: technischen Fortschritt, ökonomischen Fortschritt, ökologischen Fortschritt und sozialen Fortschritt. Das verlangt aber auch, dass sich die Sozialdemokratie von den letzten Fesseln und Irrtümern der vergangenen 20 Jahre befreien muss.

Unser Ziel ist sozialer, ökologischer und wirtschaftlich nachhaltiger Wohlstand für die Vielen statt immer mehr Reichtum für die Wenigen. Wir wollen, dass die arbeitenden Menschen die Anerkennung erhalten, die sie verdienen. Den technologischen Fortschritt durch die Digitalisierung und den Klimaschutz wollen wir nutzen, damit es der großen Mehrheit der Menschen besser geht. Durch kürzere, sozialfreundlichere Arbeitszeiten, weniger Tempo und gesünderes Leben. Dieser Fortschritt für ein besseres Leben kommt nicht von al-

lein durch den Markt, durch Verzicht oder das „richtige“ Verhalten des Einzelnen zustande, sondern durch gemeinsames, solidarisches Engagement. Wir wollen qualitatives Wachstum dort, wo es Menschen nützt, nicht Wachstum um jeden Preis, das nur den Wenigen mehr einbringt. Die SPD ist die Partei des sozialen Fortschritts. Für uns stehen dabei folgende Aufgaben im Mittelpunkt:

ZUKUNFTSINVESTITIONEN

Insgesamt wollen wir im kommenden Jahrzehnt bis zu 500 Milliarden Euro zusätzlich für Investitionen aufbringen. Der Investitionsbedarf setzt sich zusammen aus der Auflösung des Investitionsstaus bei Kommunen, Bildung und konventioneller Bahninfrastruktur sowie den Investitionen für Klimaschutz und dringend notwendigen Investitionen in die Digitalisierung. Schwarze Null und Schuldenbremse sind kein finanzpolitisches Programm und kein eigenständiges Ziel. Der Verzicht auf sinnvolle Kredite ist vielmehr an vielen Stellen volkswirtschaftlich kontraproduktiv und ein Hemmnis für notwendige Investitionen.

GERECHTE UND WIRKSAME KLIMAPOLITIK

Wir wollen einen sozial gerechten und wirksamen CO₂-Preis in Verbindung mit einer Pro-Kopf-Klimaprämie als sozialen Ausgleich. Außerdem braucht es eine CO₂-Grenzbesteuerung, um Umweltdumping aus dem Ausland zu unterbinden.

Wir wollen einen **Investitionsfonds Energiewende“ in Höhe von jährlich 10 Mrd. EUR** auflegen, der das Förder-volumen im Rahmen des EEG abdeckt und so hilft die Kosten der Energiewende generationengerecht zu verteilen und die EEG-Umlage zu senken.

GUTE ARBEIT UND GERECHTIGKEIT FÜR DIE VIELEN

Wir wollen eine Stärkung der Tarifmacht der Gewerkschaften, eine Arbeitsversicherung, die neben der Arbeitslosigkeit auch die Weiterbildung für Arbeitnehmer finanziert. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung müssen wieder in stärkerer Berücksichtigung der Beitragsjahre bemessen werden. Außerdem brauchen wir die Zusammenführung der Leistungen für Kinder in eine eigenständige Kindergrundsicherung. Wir fordern eine Grundrente ohne eine Bedürftigkeitsprüfung und eine umfassende Bürgerversicherung für Krankheit und Pflege.

DEMOKRATISCHE DIGITALISIERUNG

Wir wollen eine einheitliche Weiterbildungsverpflichtung im Umfang von dann letztlich 12 bezahlten Arbeitstagen jährlich. Die Grundsätze der Offenheit müssen als Grundsatz den staatlichen Umgang mit dem Digitalen prägen. Wir wollen die umfassende Förderung und den bevorzugten Einsatz von open Source Lösungen als Alternative zu kommerziellen Angeboten und eine umfassende Umverteilung der Arbeitszeiten, um die Rationalisierungsgewinne an die Beschäftigten zurückzugeben. Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung wollen wir auch auf Plattformarbeitsmärkten wie bei Uber oder Lieferdiensten stärken und ausdehnen.

Im Einzelnen fordern wir:

1. ZUKUNFTSINVESTITIONEN IN DIE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE UND DIE DIGITALE TRANSFORMATION UND GEGEN DEN DROHENDEN ABSCHWUNG.

Es gibt politische Parteien und Interessenverbände, die wollen unseren Kindern lieber Schulden in Form kaputter Straßen und Schulen hinterlassen als Kredit finanzierte Investitionen in die Zukunft. Wir wollen unseren Kindern ein Land mit Wäldern und gesunder Luft hinterlassen, ein Land mit nachhaltiger Industrie und moderner Mobilität, ein Land mit attraktiven Arbeitsplätzen, einer guten Gesundheitsver-

sorgung und hervorragender Bildung. Wir wollen, dass unsere Kinder in einem Land leben können, in dem man ohne Angst verschieden sein kann und das in Vielfalt zusammenhält. Was nützt unseren Kindern eine Schuldenquote von 50 statt 60 Prozent des BIP, wenn ihre Umwelt vergiftet ist, gut bezahlte Arbeitsplätze verlagert wurden und Deutschland in technologischen Rückstand geraten ist? Das wären unverzeihliche Schulden, die wir ihnen hinterließen und die sie niemals begleichen könnten. Eine solche Zukunft kommt nicht von selbst und es gibt sie nicht umsonst.

Sozialdemokratische Finanzpolitik muss dafür sorgen, dass die oberen zehn Prozent der Vermögenden endlich ihren gerechten Beitrag zu den notwendigen Zukunftsinvestitionen leisten. Dazu müssen sie nicht nur mehr zu den Steuereinnahmen beitragen, sondern auch höhere Löhne zahlen. Sozialdemokratische Wirtschafts- und Finanzpolitik sorgt nicht nur für gerechte Steuern und ausreichende öffentliche Investitionen. Sie setzt Regeln und Anreize, die dazu führen, dass auch private Investitionsentscheidungen dauerhaft den Bedürfnissen und Interessen der Vielen dienen und nicht nur den Profitinteressen Weniger.

Was wir wollen:

- In eine solche Zukunft müssen wir investieren: Jetzt. Massiv. Und das mindestens 10 Jahre lang. Insgesamt wollen wir im kommenden Jahrzehnt bis zu 500 Milliarden Euro zusätzlich für Investitionen aufbringen. Der Investitionsbedarf setzt sich zusammen aus dem Investitionsstau bei Kommunen, Bildung und konventioneller Bahninfrastruktur (ca. 244 Mrd.) sowie den Investitionen für Klimaschutz (laut BMF ca. 150 Mrd.) und dringend notwendigen Investitionen in die Digitalisierung (ca. 100 Mrd.)
- Investitionen sollen allen zugutekommen, bei ihrer Ausgestaltung müssen die arbeitenden Menschen mitentscheiden und soziale und ökologische Ziele gleichwertig mit ökonomischen Zielen sein. Damit das gelingt, wollen wir zum einen die Ausweitung betrieblicher Mitbestimmung auf neue virtuelle Arbeitsräume und Plattformen. Zum anderen wollen wir öffentliche Investitionsfonds gründen, die sich am Unternehmenskapital beteiligen und auch selbst Unternehmensgründungen unterstützen. Sogar der Bundeswirtschaftsminister hat einen öffentlichen Beteiligungsfonds in seiner Industriestrategie 2030 grob skizziert. Wir wollen diese Idee konsequent umsetzen. Solche öffentlichen Investitionsfonds können

etwa die Eigentümerschaft an strategischen Infrastrukturen oder Schlüsselindustrien vor dem Zugriff autoritärer Staaten schützen. Sie können aber auch umfassende Davonsvorsorge z.B. durch öffentliches Wohnungseigentum oder öffentliche Datenplattformen dauerhaft sichern.

- Eine große Investitionsbaustelle ist der kommunale Investitionsstau. Daher machen wir uns stark für eine auskömmliche Finanzierung der Aufgaben, die Bund und Länder den Kommunen auferlegen (Kosten der Unterbringung, Flüchtlingsfinanzierung etc.), damit Städte und Gemeinden ihre Zukunft wieder in eigenen Hände nehmen können. Das reicht von den Chancen der Digitalisierung über leistungsfähige und nachhaltige Verkehrs- und Energiekonzepte bis zu attraktiven Standortbedingungen für zukunftsgerichtete Unternehmen. Dazu gehört auch eine faire Altschuldenlösung: Auch hier stehen Bund und Länder gemeinsam in der Verantwortung. Dass viele Städte in Zeiten von Negativzinsen unter hohen Kassenkrediten ächzen, die ähnlich dem privaten Dispokredit mit täglich wechselnden Zinsen verbunden sind, ist ein Unding – und diese variable Zinslast ist eine tickende Zeitbombe. Durch eine Altschuldenlösung wären die Kommunen wieder in der Lage, in ihre Infrastruktur zu investieren, in Gebäudesanierung, ÖPNV, Energieinfrastruktur, Brücken, gute Schulen und Kindergärten, in bezahlbare Wohnungen und erholsame und klimafreundlichen Städtebau. Es kann und darf nicht sein, dass es zwischen unseren Städten und Gemeinden ein so steiles Gefälle zwischen Arm und Reich gibt.
- Schwarze Null und Schuldenbremse sind kein finanzpolitisches Programm und kein eigenständiges Ziel. Der Verzicht auf sinnvolle Kredite ist vielmehr an vielen Stellen volkswirtschaftlich kontraproduktiv und ein Hemmnis für notwendige Investitionen. Gerade in Zeiten niedriger Zinsen und hohen Modernisierungsdrucks ist es im Sinne soliden, generationengerechten Haushaltens und einer dringend erforderlichen Modernisierung unseres Landes sinnvoll, die Investitionstätigkeit auch über die Möglichkeit der Kreditaufnahme auszuweiten. Schließlich ist eine Investitionsoffensive in Deutschland auch für Europa gut! Wir müssen weniger „auf Pump“ exportieren und Auslandsvermögen aufbauen, zumal in einer so unsicheren Zeit. Wir müssen mehr Geld zu Hause ausgeben. Das steigert unsere Importe, senkt den chronischen Exportüberschuss, schafft Nachfrage in den anderen europäischen Ländern und sorgt dort auch für Arbeitsplätze. Das wäre ein Beitrag zu einer Stabilisierung der deutschen

Binnenkonjunktur und zugleich eine für unsere europäischen Partner akzeptablere Rolle Deutschlands in der EU.

- Heute noch werden Gelder, die für Investitionen bereitstehen, teilweise nicht abgerufen. Das ist einerseits Ausdruck einer derzeit in ihren Kapazitäten ausgelasteten Wirtschaft, vor allem im Bausektor. Aber noch viel mehr ist es die Folge des Staatsabbaus der letzten Jahrzehnte. Dass bei vielen Bundes- und Landesfördermitteln Personal nicht förderfähig ist, muss verändert werden. Auf kommunaler Ebene unterstützen wir die Kooperation von Gebietskörperschaften, um Synergien bei Planungs- und Genehmigungsprozessen zu schaffen. Ein Beispiel dafür sind mobile „task forces“, die flexibel und mit hohem Sachverstand im Auftrag der Kommunen konkrete Projekte vor Ort durchplanen und auf die Straße bringen können.

2. GERECHTE UND WIRKSAME KLIMAPOLITIK

Die Klimakrise ist eine Gerechtigkeitskrise und damit zugleich eine Verteilungsfrage – sozial und global gesehen wie auch zwischen den Generationen. Die Kosten des Nicht-Handelns werden langfristig viel größer sein als die Kosten einer ambitionierten Klimapolitik. Es steht außer Frage, dass wir nicht nur unsere Verpflichtungen aus dem Paris-Abkommen einzuhalten haben, sondern mit aller Kraft an der Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels arbeiten müssen.

Wir kämpfen dafür, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Industrie, Dienstleistung und Mittelstand nicht die Verlierer des Klimaschutzes, sondern die Gewinner des Wandels sein werden. Denn ohne ihre Ideen, ihre Tatkraft, ihre Mühen aber auch ohne die Anerkennung ihrer Leistungen und Bedürfnisse wird kein Klimaschutz auf Dauer erfolgreich sein.

Klimaschutz und Verteilungsgerechtigkeit gehören untrennbar zusammen. Wenn wir es nicht schaffen, die soziale Ungleichheit einzudämmen, dann wird sie aus unserer Gesellschaft die Kraft saugen, die wir brauchen, um aus Wandel Fortschritt zu machen. Wer das Ende des Monats mehr fürchtet als das Ende der Welt, wird sich gegen neue Verbrauchssteuern oder Nebenkosten stemmen, ganz gleich, welche ökologische Lenkungswirkung sie haben mögen.

Gleichwohl bleibt die sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft und Wirtschaft ein hoch umstrittener

Prozess. Gerade weil mächtige Interessengruppen diese Transformation nach wie vor ablehnen oder abbremsen wollen und andere die darin liegende Verteilungsfrage nicht zu stellen bereit sind, wird eine konsequente und standhafte Sozialdemokratie gebraucht. Nur sie kann gerechten Fortschritt durch Klimaschutz ermöglichen.

Was wir wollen:

- Um die richtigen Investitions- und Innovationsanreize zu setzen, wollen wir eine wirksame und zielgerichtete CO₂-Bepreisung, die für alle Bereiche gilt, die nicht unter das ETS (Emission Trading System) der EU fallen. Anders als eine Konsumsteuer setzt die CO₂-Besteuerung direkt bei den Energieversorgern, Raffinerien und Industriebetrieben an und liefert dort den Anreiz für alternative Produktionsverfahren und Technologiewechsel. Damit die Kosten dieses CO₂-Preises nicht alleine vom Endverbraucher getragen werden, muss ihm ein Mechanismus für sozialen Ausgleich gegenübergestellt werden, ohne die Anreizwirkung zu schmälern. Der Ausgleich soll durch eine Pro-Kopf-Zurückzahlung in Form einer Klimaprämie erfolgen. Zum Einstieg ist eine Klimaprämie in Höhe von 100 EUR pro Kopf und Jahr als Voraussetzung für einen wirksamen CO₂-Preis von 40 EUR pro Tonne CO₂ Da durch kann sogar eine Umverteilung von Wohlhabenden zu weniger Wohlhabenden erzielt werden, da erstere einen geringeren CO₂-Ausstoß verursachen, und damit netto sogar entlastet werden können. Gleichzeitig bleibt der Anreiz bestehen, sich klima- und energiebewusst zu verhalten.
- In Verbindung mit der CO₂-Bepreisung im Inland streben wir auf EU-Ebene die Einführung einer europäischen CO₂-Grenzbesteuerung („European border carbon adjustment“) an, um gleiche Wettbewerbsbedingungen für Importe und im Inland hergestellte Güter mit Blick auf die bei der Produktion anfallenden CO₂-Emissionen herzustellen und die Verlagerung von CO₂-intensiver Produktion ins Ausland aufgrund eines verzerrten Kostenwettbewerbs zu vermeiden.
- Zum Zweck der gerechten Verteilung der Lasten zwischen den Generationen wollen wir daher einen „Investitionsfonds Energiewende“ auflegen, der das Fördervolumen im Rahmen des EEG abdeckt. Der Fonds sammelt dabei zunächst jährlich 10 Mrd. Euro über den Kapitalmarkt ein. Dieses Geld wird zur Finanzierung der bislang allein über die EEG-Umlage bezahlten Förderkos-

ten genutzt und die EEG-Umlage entsprechend reduziert. Damit sinkt der Strompreis. Das ist wichtig vor allem für private Haushalte und die vielen Unternehmen, die nicht von Ausnahmeregelungen profitieren.

- die jährlichen Ausbauziele vor allem für Photovoltaik und Windenergie wollen wir deutlich erhöhen und im Rahmen der Ausschreibungen nicht zugeteilte Mengen ins Folgejahr übertragen. Das ist dringend nötig, damit das von uns unterstützte Ziel der Bundesregierung von 65 Prozent EE-Anteil am Bruttostromverbrauch bis 2030 erreicht werden kann.
- Darüber hinaus müssen planungs- und genehmigungsrechtliche Hürden abgebaut werden. Auf keinen Fall dürfen neue errichtet werden, pauschale Abstandsregeln wie in Bayern oder Nordrhein-Westfalen darf es nicht geben. Diese Regeln und die einschlägigen Hürden für die Windkraft im Klimapaket der Bundesregierung lehnen wir ab. Für die Steigerung der Akzeptanz für Erneuerbare-Energien-Projekte fordern wir die Einführung eines verbindlichen Modells zur Ertragsbeteiligung, damit Kommunen und Bürger von Anlagen in ihrer Umgebung unmittelbar profitieren. So wird Klimaschutz zu einer Angelegenheit der Bürgerinnen und Bürger vor Ort! Außerdem fordern wir, dass die lokal genutzte Fläche pro Kommune einen prozentualen Anteil von 10 Prozent an der Potenzialfläche (Gemeindefläche abzgl. harter Tabubereiche) nicht übersteigen darf, es sei denn die kommunale Planung erlaubt dies im Rahmen des geltenden Rechts.
- Beim Umbau unseres Mobilitätssystems wird es nicht nur um den Austausch von Verbrennungsmotoren mit fossilen Kraftstoffen durch CO₂-neutrale Kraftstoffe und Elektromobilität gehen. Vielmehr kommt es auf ein intelligent verknüpftes, intermodal integriertes Verkehrssystem an, bei dem Individualverkehr und individuelle Mobilitätsservices (autonome Taxis, Sharing-Dienste) mit einem in allen Landesteilen zu stärkenden öffentlichen Personennahverkehr zu verbinden ist. Zentrale Akteure bei der Umsetzung sind die Kommunen und Kreise. Dafür wollen wir Städte und Gemeinden beim Ausbau neuer ÖPNV-Infrastruktur durch Verdreifachung der GVFG-Mittel des Bundes massiv unterstützen. Unser mittelfristiges Ziel ist die Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets. Ein günstiger Öffentlicher Personennahverkehr ist nicht nur eine Maßnahme für den Klimaschutz, sondern sichert auch Menschen mit wenig Geld den Zugang zu Mobilität und damit zu einer umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe.

3. GUTE ARBEIT UND GERECHTIGKEIT FÜR DIE VIELEN

Auf der einen Seite sind die Chancen derzeit so groß wie lang nicht mehr, in Deutschland und Europa Wohlstand für alle, soziale Sicherheit und gute Arbeit zu verwirklichen. Technischer Fortschritt und eine lange prosperierende Wirtschaft haben ungeahnte Spielräume eröffnet, die bisher leider nicht für eine zukunftsgerechte Reform der Sozialsysteme und andere Zukunftskonzepte und auch nicht für eine gerechte Teilhabe aller genutzt wurden. Das wollen wir ändern. Auf der anderen Seite stehen wir aktuell auch vor neuen Herausforderungen. Derzeit schwächelt die Konjunktur. Befeuert durch anhaltende Sparpolitik, durch Handelsstreitigkeiten und den drohenden Brexit steht das Ende des seit Jahren andauernden Aufschwungs vor der Tür. Das verstärkt die Sorge um Arbeitsplätze und soziale Sicherheit. Dazu kommt, dass die Veränderungen durch Digitalisierung, Globalisierung und Klimawandel auch unabhängig von konjunkturellen Entwicklungen bei vielen Menschen das Gefühl eines allgemeinen Kontrollverlustes hervorrufen.

Die Sozialdemokratie setzt sich im Angesicht dieser aktuellen Lage, des grundlegenden Wandels und der damit verbundenen Unsicherheiten für die Vielen für soziale Sicherungssysteme ein, die eine grundlegende Sicherheit garantieren. Sie setzt sich ein für starke ArbeitnehmerInnenrechte, für anständige Löhne und anständige Arbeitsbedingungen. Ganz gleich was passiert, jedes Kind, jede/r Arbeitnehmer/in, jede/r Rentner/in muss sich darauf verlassen können, dass er oder sie nicht entfesselten Marktkräften ausgeliefert wird. Die Sozialdemokratie steht zudem für einen Sozialstaat, der im Dienst der Menschen steht, der schützt und ihre Würde wahrt und der ihre Lebensleistungen würdigt. Wir wollen, dass der Sozialstaat an den Bedürfnissen derer ausgerichtet ist, die ihn brauchen. Damit das Wirklichkeit werden kann, ist die Überwindung des Hartz IV-Systems notwendig. Mit dem Konzept zur Zukunft des Sozialstaates vom Frühjahr 2019 hat der SPD-Parteivorstand gute Vorschläge gemacht, was an die Stelle von Hartz IV treten sollte.

Dabei müssen die Regelleistungen daran ausgerichtet werden, was Menschen in schwierigen Lebenslagen für ein Leben in Würde brauchen.

Gegen die Gebote der Leistungsgerechtigkeit und des Lohnabstands wird fortlaufend verstoßen – und zwar nicht, weil die Sozialleistungen zu üppig, sondern weil die Löhne im

unteren Einkommensdrittel zu niedrig sind. Ohne staatlichen Eingriff durch einen wesentlich erhöhten Mindestlohn und ohne eine Stärkung der Tarifbindung kann sich das Problem noch verschärfen. Die Digitalisierung bringt enorme Produktivitätsgewinne hervor, die zusätzlichen Druck auf Löhne und Gehälter ausüben werden, zumal die Kapitalseite nicht dazu neigt, Produktivitätsgewinne gleichmäßig zu verteilen. Betroffen sind nicht nur Erwerbstätige im Niedriglohn-Sektor. Gemessen an Profiten und Produktivitätssteigerungen ist der Wohlstand der arbeitenden Menschen viel zu wenig gestiegen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen wieder einen gerechten Anteil am steigenden Wohlstand erhalten – sei es in Form von Lohnsteigerungen oder Arbeitszeitverkürzungen.

Sozialstaatliche Sicherheit hat zudem einen Doppelcharakter. Sie bedeutet einerseits materielle Sicherheit für den Einzelnen, um ihn vor den Folgen von Schwankungen und Krisen auf den Märkten zu schützen und andererseits ist sie auch binnenwirtschaftlicher Stabilitätsanker gerade in Zeiten globaler Handelskrisen und daraus folgenden Problemen für die Exportwirtschaft.

Was wir wollen:

- Aus der Arbeitslosenversicherung muss eine Arbeitsversicherung werden, die weit mehr Schwankungen einer Erwerbsbiografie absichert als nur den Einkommensausfall bei Arbeitslosigkeit. Weil die Welt sich schneller ändert und Bedürfnisse in verschiedenen Lebensphasen unterschiedlich sind, brauchen wir eine soziale Sicherung, die für die verschiedenen Lebensabschnitte (Erwerbstätigkeit, Familienphasen, Weiterbildung) eine lückenlose Absicherung bietet. Versichert sind alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Selbstständige und auch Arbeitslose. Sie alle erhalten ein Budget, aus dem sie berufliche Weiterbildungen finanzieren können, die zukünftige Arbeitslosigkeit unwahrscheinlicher machen oder aus der Arbeitslosigkeit heraushelfen. Darüber hinaus bietet die Arbeitsversicherung eine Starthilfe, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Schritt in die Selbstständigkeit wagen wollen.
- Der beste Schutz gegen Niedriglöhne und zu hohe Ungleichheit sind starke Gewerkschaften und eine hohe Tarifbindung. Die Tarifautonomie bleibt dabei ein hohes Gut. Doch auch der Staat muss handeln und beispielsweise öffentliche Aufträge nur noch an tarifgebundene Unternehmen vergeben. Wir können den Trend zur Tarifrucht drehen, wenn wir die Allgemeinverbindlichkeit

von Tarifverträgen zur Regel machen. Das Vetorecht der Arbeitgeber bei der Allgemeinverbindlichkeit wollen wir deshalb abschaffen. Zudem sollten Unternehmen und Beschäftigte, die Tarifverträge durch ihr Engagement in Verbänden und Gewerkschaften ermöglichen, steuerlich bessergestellt werden, da sie mit ihrer Anstrengung einen wichtigen Beitrag für den Wohlstand in Deutschland leisten. Diese Vorschläge werden in Gewerkschaften und der SPD bereits diskutiert. Auch Arbeitsminister Heil hat diese Forderung richtigerweise ins Feld geführt.

- Zur Leistungsgerechtigkeit gehört auch, dass im Falle von Arbeitslosigkeit die Lebens- und Arbeitsleistung des betroffenen Menschen respektiert wird. Es ist eben nicht gerecht, dass eine Arbeitnehmerin, die zwanzig Jahre gearbeitet und Sozialversicherungsbeiträge gezahlt hat, nach kurzer Zeit genauso behandelt wird wie ein Berufsanfänger. Das Gebot der Leistungsgerechtigkeit verlangt vielmehr, die Dauer des Arbeitslosengeldbezugs aus der Arbeitsversicherung wieder an die Anzahl der Beitragsjahre zu koppeln.
- Für alle Menschen, die auf eine Grundsicherung angewiesen sind, müssen die Sozialleistungen sich jederzeit an den tatsächlichen Kernbedürfnissen und aktuellen Preisen orientieren und individuelle Bedürfnisse wieder stärker berücksichtigen. Das Existenzminimum muss sanktionsfrei sein. Insgesamt setzen wir darüber hinaus auf Anreize und auf Befähigung und nicht auf Kontrolle und Abschreckung. Außerdem muss das Schonvermögen angehoben werden. Das selbstgenutzte Wohneigentum, der Notgroschen oder die private Altersvorsorge müssen über einen großzügigen Freibetrag geschützt sein. Schließlich sollten auch die „Bedarfsgemeinschaften mit horizontaler Einkommensverrechnung“ abgeschafft werden.
- In einer digitalen Arbeitswelt müssen wir auch Selbstständige und Gewerbetreibende und ihre Auftraggeberinnen und Auftraggeber in die gemeinsame Pflicht nehmen, für die Finanzierung einer steten Weiterbildung ebenso wie für die soziale Absicherung zu sorgen. Soloselbständigen muss gesetzlicher Arbeitsschutz gewährt und eine eigene Interessenvertretung ermöglicht werden und die Arbeitnehmerrechte müssen auch auf die digitale Arbeitswelt der Plattformen ausgeweitet werden.
- Der Mindestlohn muss auf ein Niveau steigen, das eine selbständige Lebensführung ohne aufstockende Leistungen ebenso garantiert wie eine Rente oberhalb der Armutsgrenze. Zwölf Euro sind eine gute Mindestorientierungsgröße. Dass die Steuerzahler die Einkommen von

Geringverdienern „aufstocken“ müssen, obwohl viele dieser „AufstockerInnen“ Vollzeit arbeiten, ist ein sozialpolitischer Skandal. Geschäftsmodelle, die mit Lohnsubventionen kalkulieren, sind gescheiterte Modelle. In keinem Fall dürfen arbeitende Menschen zu Bittstellern in einem Fürsorgesystem werden. In Wahrheit sind nicht sie die Sozialfälle, sondern die Arbeitgeber, die der Allgemeinheit zumuten, die viel zu geringen Löhne auf ein Niveau zu heben, dass man davon man leben kann.

- Es ist an der Zeit, das Kindergeld, Kinderfreibeträge, Kinderzuschlag und andere Familienleistungen zur einer Kindergrundsicherung zusammenzuführen. Ein großes Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen hat dazu ein detailliertes Konzept vorgelegt: Abhängig vom Einkommen erhalten Familien für jedes ihrer Kinder zwischen 300 und 619 Euro im Monat. Dazu kommt ein konsequent gebührenfreies Bildungs- und Betreuungssystem, das darauf ausgelegt ist, Benachteiligungen auszugleichen und Potenziale zu stärken. Entscheidend ist, dass eine Kindergrundsicherung besser gegen Kinderarmut schützt und auch viele Unzulänglichkeiten des bisherigen Hartz-IV-Systems beseitigen würde. Gerechter wäre sie allemal – auch für DurchschnittsverdienerInnen.
- Die Absicherung im Alter ist ein zentrales Versprechen des Sozialstaats. Rentenpolitik ist, anders als manche glauben machen wollen, kein Konflikt zwischen Alt und Jung, sondern zwischen Arm und Reich. Die staatliche Förderung der kapitalgedeckten Vorsorge war ein Irrweg, weil die Menschen, die diese Förderung brauchen, zusätzliche Ersparnisse in größerem Umfang gar nicht leisten können. Die zu erwartenden Auszahlungen bleiben daher für die meisten – wenn überhaupt – gering. Notwendig ist stattdessen eine Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung, um Menschen eine lebensstandardsichernde Rente zu sichern. Unter Berücksichtigung des Bestandschutzes wird die steuerliche Förderung der Riesterreute abgeschafft und die entsprechenden Steuermittel in die Stärkung der gesetzlichen Rente investiert. Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen, auch alle Beamte, Selbstständige und Abgeordneten. Dabei sind wir uns bewusst, dass ein attraktiver öffentlicher Dienst dann Besoldungsanpassungen erfordert, die zusätzliche Steuermittel in Anspruch nehmen. Der Zugang zur und die Konditionen der Erwerbsminderungsrente muss deutlich verbessert werden. Mit der zunehmenden Verlagerung von Einkünften aus Arbeit zu Einkünften aus Kapital und Vermietung muss die Sozi-

alversicherungspflicht auf diese Einkommensarten ausgeweitet werden – da darf es keinen Unterschied zwischen denen geben, die für ihr Geld arbeiten, und denen, die ihr Geld für sich arbeiten lassen. Es muss sichergestellt sein, dass Rentnerinnen und Rentner genauso an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben, wie alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir wollen die Einführung einer Grundrente ohne eine Bedürftigkeitsprüfung. Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters lehnen wir ab, weil schon jetzt viele vorzeitig in Rente gehen und dabei lebenslange Abschläge in Kauf nehmen müssen.

- Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger einen umfassenden Kranken- und Pflegeversicherungsschutz in einer gemeinsamen Bürgerversicherung genießen. Das Zwei-Klassensystem, in dem sich private Krankenversicherungen die Menschen mit hohem Einkommen und niedrigen Gesundheitsrisiken herauspicken können, muss beendet werden. Die gesetzliche Krankenversicherung machen wir für Selbstständige mit geringem Einkommen günstiger, indem wir die Bemessung der Beiträge für Selbstständige einkommensabhängig ausgestalten. Die breite Finanzierungsbasis der Bürgerversicherung erlaubt akzeptable Beitragshöhe bei gleichzeitiger gerechter Finanzierung der Kosten dieser Versicherung. Auch im Bereich der Pflege muss das Prinzip der „Bürgerversicherung“ eingeführt werden.

4. DEMOKRATISCHE DIGITALISIERUNG

Es ist Zeit für einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel in der Digitalpolitik. Viel zu lange haben Regierungen darauf vertraut, dass die Unternehmen schon wüssten, wie Digitalisierung gestaltet werden müsste. Effizienz- und Produktivitätsgewinne durch die Digitalisierung wollen wir nutzen, damit es der großen Mehrheit der Menschen besser geht, etwa durch kürzere, sozialfreundlichere Arbeitszeiten, weniger Tempo und gesünderes Leben. Es kommt darauf an, dass wir den digitalen Wandel so gestalten und die emanzipative Kraft des Digitalen so nutzen, dass alle Menschen selbstbestimmt und kompetent daran teilhaben können. Gerade in der Gestaltung des digitalen Wandels muss die SPD die Partei der starken ArbeitnehmerInnenrechte, der Bürger- und VerbraucherInnenrechte, der Mitbestimmung und demokratischen Beteiligung sein. All das braucht es, damit wir Bürgerinnen und Bürger nicht zum Gegenstand durchgängiger, ständiger Bewertung und Beobachtung und damit letztlich zur Ware privater Interessen und zum gläsernen Objekt staatlicher Überwachung

werden. Denn das ist unsozial und undemokratisch.

Der Zugang zu schnellem und sicherem Internet für alle muss staatliche Aufgabe sein und so selbstverständlich wie der Zugang zu Elektrizität und Trinkwasser. Damit die Menschen die Potenziale der digitalen Welt nutzen und den Herausforderungen souverän begegnen können, brauchen sie aber auch digitale Kompetenzen. Für diese digitale Bildung müssen Schulen und außerschulische Bildungseinrichtungen gemeinsam Verantwortung übernehmen. Staat und Gesellschaft müssen in ihrer digitalen Infrastruktur souverän werden und Abhängigkeiten von monopolartigen Dienstleistern brechen. Es ist höchste Zeit, dazu ein neues System öffentlich-rechtlicher Plattformen für Vernetzung und Austausch in der Zivilgesellschaft, für digitale Bildungsangebote und Gemeinwohlprojekte und offen nutzbare Datenpools (Open Data, geteilte Daten) aufzubauen.

Was wir wollen:

- Gerade im digitalen Wandel wird deutlich, dass die berufliche Ausbildung kein abgeschlossener Prozess mehr sein kann. Ob berufsbegleitende Mikro-Diplome für bestimmte Fähigkeiten oder längere Weiterbildungsstudiengänge: Wir wollen die bestehenden landesrechtlichen Bildungsurlaubsgesetze Stück für Stück durch eine einheitliche Weiterbildungsverpflichtung im Umfang von dann letztlich 12 bezahlten Arbeitstagen jährlich ergänzen, die für beide Seiten verbindlich sein muss. Welche Zusatzfähigkeiten gelernt und wie diese Arbeitstage aufgeteilt werden, ist dabei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu überlassen. Wir wollen möglichst viele gute digitale Weiterbildungsangebote offen lizenziert und frei zugänglich auf einer Plattform anbieten. Für die Finanzierung kostenpflichtiger Weiterbildungen sollen ArbeitnehmerInnen auf Leistungen der oben erwähnten Arbeitsversicherung zurückgreifen können.
- Wir brauchen einen Staat, der sich erklärt. Dessen Beamte und Angestellte erklären können, wie und warum etwas geschieht. Darauf haben die Bürgerinnen und Bürger, denen dieser Staat dient, ein Anrecht. Daher müssen wir die Grundsätze der Offenheit ernstnehmen – von Open Data über Open Government bis hin zur konsequenten Informationsfreiheit und zu einem wirksamen Transparenzrecht, die gelebte Verwaltungskultur werden müssen. Die allermeisten Staatsbediensteten leisten hervorragende Arbeit und sollten keine Angst davor haben,

dass andere das auch wissen dürfen. Wenn in staatlichen Stellen doch etwas schief läuft, dann müssen wir diejenigen belohnen und schützen, die so etwas aufdecken. Wir brauchen einen handlungsfähigen, aber keinen allmächtigen Staat. Wir brauchen keinen Staat, der sich vor seinen Bürgerinnen und Bürgern schützt, sondern einen Staat, der seine BürgerInnen schützt und für sie eintritt.

- Heute kann es passieren, dass in einem Haus in der Stadt drei konkurrierende Anbieter den Mietern schnelle Anschlüsse verkaufen wollen, während in zahlreichen Orten auf dem Land keinerlei Netz verfügbar ist, bis der Staat den Privaten dann doch den Großteil der Kosten für den Ausbau bezahlt. Eine kluge und wirksame Digitalpolitik für die Vielen sieht anders aus. Daher wollen wir eine öffentlich-rechtliche Infrastrukturgesellschaft, die den Ausbau gemeinsam mit den Kommunalversorgern in die Hand nimmt, die Planung, Bau und den Betrieb der Infrastruktur übernimmt. Kernstück einer solchen Gesellschaft müssen dabei die fast 20.000 Kilometer Glasfaserinfrastruktur entlang der Bahntrassen werden, die von der Bahn eingebracht werden müssen. In Zusammenarbeit mit den kommunalen Versorgern und Zweckverbänden sind Planung, Bau und Betrieb zu deutlich reduzierten Kosten möglich. Diese Gesellschaft soll allen Telekommunikationsanbietern gleichermaßen zu angemessenen Entgelten Zugang zu Infrastrukturen gewähren, um daran beispielsweise Mobilfunkmasten anschließen zu können. Das würde die Ausbaukosten erheblich reduzieren und Unternehmen, Staat, Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam Kosten sparen helfen und für einen gleichzeitig sehr viel besseren Breitbandausbau sorgen, der auch das Ziel der Gigabit-Anschlüsse machbar erscheinen lässt.
- Das staatliche Handeln muss darauf ausgerichtet sein, dafür zu sorgen, dass Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Zivilgesellschaft und Behörden möglichst vertrauenswürdige und sichere Systeme nutzen. Wir brauchen europaweite Vorschriften dafür, dass jeder, der mit Hard- und Softwareprodukten Geld verdient, auch für mindestens drei Jahre Sicherheitsupdates zur Verfügung stellen muss. Wir wollen ein Recht auf wirksame Verschlüsselung. Die Haftung für digitale Produkte und Dienstleistungen muss fair entlang dem Prinzip der tatsächlichen Verantwortungsfähigkeit geregelt werden.
- Wesentlich für strukturelle Verbesserungen in der IT-Sicherheit ist aber auch das Verhalten des Staates, wenn es um den Einsatz von Hard- und Software geht. Es geht

hier um eine zentrale Frage der Sicherheit im 21. Jahrhundert, gerade auch vor dem Hintergrund expansiv handelnder autoritärer Staaten und zunehmender wirtschaftlicher Konkurrenz mit anderen Volkswirtschaften. Wenn wir in Europa nennenswerte eigene Kompetenz, wenn wir nach europäischen Maßstäben entwickelte Hard- und Software wollen, dann müssen wir dort, wo es Alternativen gibt, auch bereit sein, mehr auszugeben. Kurzfristiges Sparen, das zu mittelfristiger Abhängigkeit und un kalkulierbaren Mehrausgaben führt, ist nicht wirtschaftlich. Wir müssen alternativen IT-Lösungen Marktperspektiven eröffnen. Die Förderung und der bevorzugte Einsatz von open Source Lösungen ist dabei ein wesentliches Mittel. Wir wollen gemeinsam in Europa neue Wege befördern, im Vergabe- und Beschaffungsrecht und in der Wirtschaftsförderung Schwerpunkte auf Entwicklungen von Alternativen zu legen. Es ist aber kein Widerspruch, gleichzeitig in Deutschland beispielhaft voranzugehen. Diese Alternativen sollten allen zur Verfügung stehen und ihr Sicherheitsniveau muss aktiv gefördert werden. Davon profitieren Wirtschaft, BürgerInnen, Zivilgesellschaft und Staat.

- Wir müssen dafür sorgen, dass übermäßige Konzentration auf digitalen Märkten bekämpft wird. Dazu braucht es vier Elemente: Die Grundlage ist ein System klarer Definitionen und Bemessungsgrößen im Kartell- und Wettbewerbsrecht. Wir dürfen uns nicht länger auf die Stellung am deutschen Markt allein beziehen. Ergänzt um wirksame Durchsetzung des Wettbewerbsrechts, des Datenschutzes und der Verbraucherrechte kann dies bereits einige Probleme einhegen. Im zweiten Schritt müssen wir dafür sorgen, dass Verbraucher überhaupt am Markt frei agieren können und den Wechsel zwischen konkurrierenden Anbietern vollziehen können. Dazu brauchen wir offene Standards und verbindliche Interoperabilitätsverpflichtungen für die verschiedenen Plattfortmtypen. So sorgen wir dafür, dass nicht derjenige am Markt besteht, der seinen Nutzern die besten Fußfesseln anlegt, sondern derjenige, der dauerhaft das beste Produkt anbietet. Der dritte Schritt ist die Verpflichtung großer Akteure zum Teilen ihrer Datenbestände in definierter Qualität und anonymisierter Form auf öffentlich zugänglichen Plattformen. Solche Datenpools tragen zur Qualität und zum Gemeinwohl bei und sorgen zudem für bessere Kontrollmöglichkeiten, neue zivilgesellschaftlich getragene Anwendungen und für die Möglichkeit, bei Alternativen nicht erst bei null beginnen zu müssen. Der Staat als

größter Datenmonopolist muss dabei als Beispiel vorangehen mit einem Recht der BürgerInnen auf die Offenlegung der Daten der öffentlichen Hand (open data). Der vierte Schritt besteht in einem Recht auf automatische Beendigung der Beziehung. Wer mit einem Unternehmen, einer Organisation oder einer Institution drei Jahre lang keinerlei aktive Beziehung mehr hatte, muss mit seinen Daten von diesen grundsätzlich aus ihren Beständen herausgenommen werden.

- Die Digitalisierung der Arbeit hat in vielen Bereichen zu großen Produktivitätssteigerungen geführt. Dank Digitalisierung und Automatisierung können bei sinkendem Aufwand mehr Produkte zu niedrigeren Stückpreisen hergestellt und Dienstleistungen günstiger angeboten werden. Doch der Gewinn, der durch diese Steigerung zustande kommt, wird nicht gerecht verteilt. Die Reallöhne halten mit den Produktivitätszuwächsen nicht Schritt. Für viele ArbeitnehmerInnen sind Arbeitsbelastung und Überstunden angestiegen. Wir wollen deshalb erstens eine umfassende Umverteilung der Arbeitszeiten: Eine Mehrheit der ArbeitnehmerInnen ist gestresst und braucht Entlastung bei vollem Lohnausgleich, während anderen die volle und fair bezahlte Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglicht werden muss. Der Tarifvertrag der IG Metall von 2018 ist hier ebenso wegweisend wie ein deutlich erhöhter Mindestlohn. Wir wollen zweitens, dass die Ausbeutung von Selbständigen und Kleinunternehmen, die zu weit überwiegenden Teilen von einem einzigen Auftraggeber abhängen, Sanktionen nach sich zieht. ArbeitnehmerInnenrechte und Mitbestimmung wollen wir auch auf Plattformarbeitsmärkten wie bei Uber oder Lieferdiensten stärken und ausdehnen.
- Wir wollen, dass Steuern an dem Ort gezahlt werden, an dem die Wertschöpfung stattfindet. Das betrifft Google, Facebook, Apple, Microsoft und Amazon – aber auch alle anderen Unternehmen, von Starbucks bis Volkswagen, die mit Steuersparmodellen derzeit viel zu oft legal ihre Gewinne verschieben können. Wir wollen klare und dauerhaft wirkende Grenzen für die Abzugsfähigkeit von Immaterialgütern wie Lizenzabgaben und einen Mindeststeuersatz für Unternehmen europa- und weltweit, um Steuerdumping entgegenzuwirken. Dafür braucht es eine einheitliche Bemessungsgrundlagen zur Ermittlung der Steuerpflicht. Wir möchten, dass Finanzbehörden ein länderübergreifendes digitales Frühwarnsystem für bislang unbekannte kreative Steuergestaltungsmodelle einrichten.

- Europa ist einer der wichtigsten digitalen Absatzmärkte. Die EU ist als großer Akteur in der Lage, maßgeblich Einfluss auf die Gestaltung der digitalen Welt zu nehmen. Das gilt für die Frage einer fairen Besteuerung im digitalen Raum, das gilt für die Frage, wie wir den Wettbewerb um die besten Lösungen gestalten. Wer in Europa seine Produkte anbietet, muss europäische Regeln befolgen. Wer aus Europa seine Produkte anbietet, muss Europas Werte dabei berücksichtigen. Die Datenschutzgrundverordnung zeigt bei allen Unzulänglichkeiten im Detail, dass wir einen hohen Standard bei Bürger- und VerbraucherInnenrechten durchsetzen können, auch global. Das müssen wir systematisch nutzen.

NORBERT WALTER-BORJANS UND SASKIA ESKEN

sind seit 6. Dezember Vorsitzende der SPD.

NORBERT WALTER-BORJANS

war 2010 bis 2017 Finanzminister des größten deutschen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen.

SASKIA ESKEN

ist seit 2013 Bundestagsabgeordnete und machte sich als Abgeordnete insbesondere als Netzpolitikerin einen Namen.



Atelier: gggrafik

Grafik: Götz Gramlich, Max Hathaway

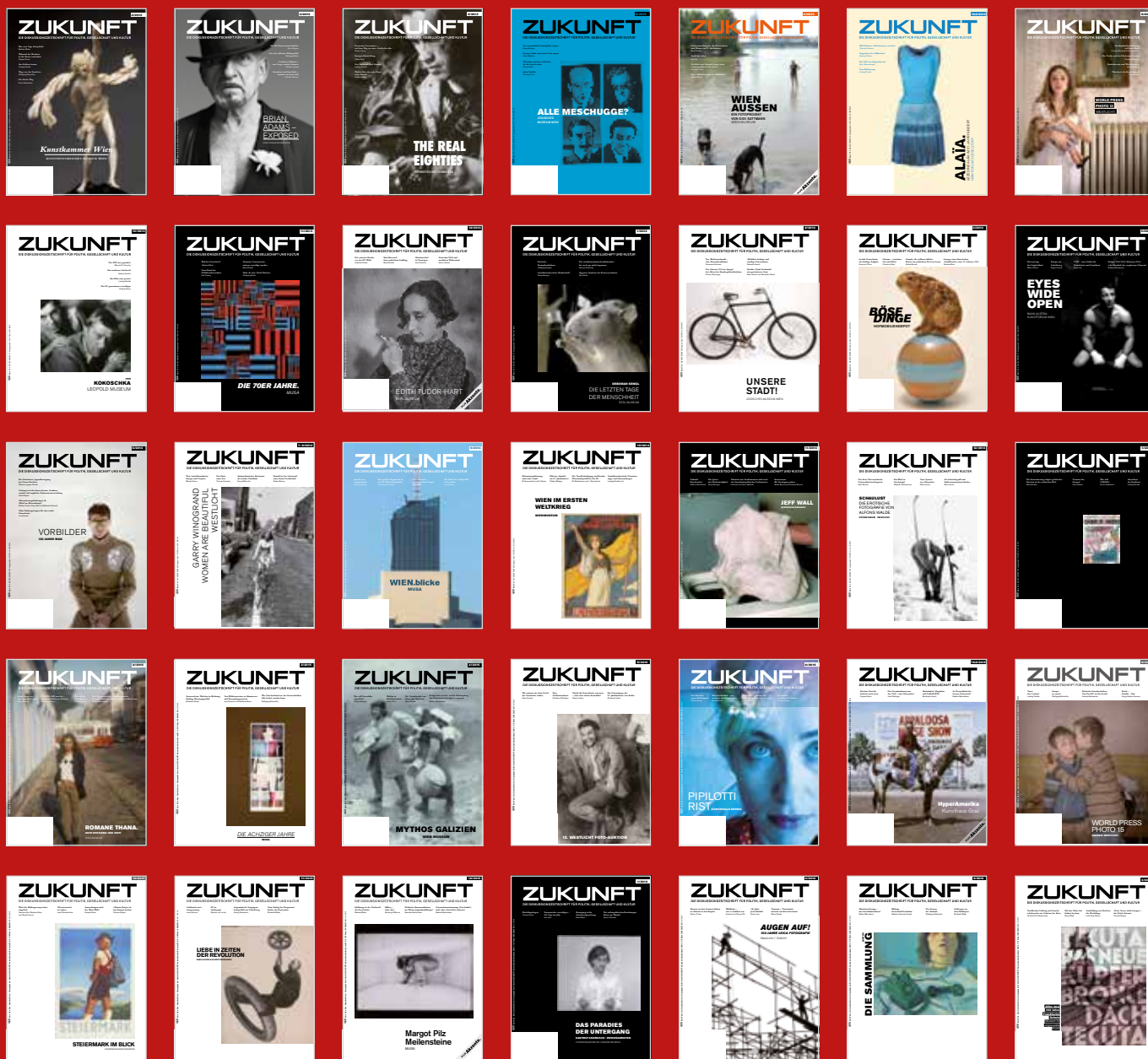
WM RU 18

Druck: Metzger-Druck GmbH/abcdruck GmbH

Drucktechnik: Offsetdruck

Deutschland

© gggrafik/100 Beste Plakate e. V.



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 12,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 49,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____